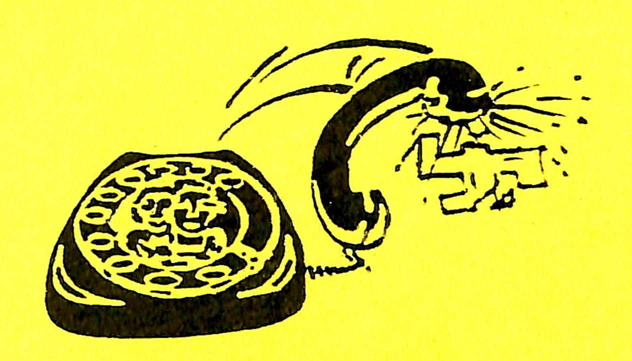


1 / November 91



Zeitungsprojekt Antirassistischer und antifaschistischer Gruppen

RASSISMUS TÖTET

1,- DM Spende erbeten !!

INHALT

IMPRESSUM

Das ZAG (Zeitungsprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen) wird gemeinsam von der Antirassistischen Initiative e.V. und dem Antifa-Infotelefon herausgegeben.
V.i.S.d.P.: Sabine Seyb

Erscheinungsweise: 4mal jährlich.
Druck: Eigendruck im Selbstverlag / Druckerei AStA TU

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Februar '92, Redaktionsschluß ist der 15.1.92.
Die Redaktion ist erreichbar über das Antifa-Infotelefon (692 15 99; Oranienstr. 21, 1/36) oder über die Antirassistische Initiative (861 94 22 c.o. Fabrik Osloer Str. 12, 1/65).

Spenden dringlichst erbeten, Konto:
Antirassistische Initiative e.V.,
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 20 500
Kontonummer: 303 96 00

VORWORT

In den letzten Wochen ist die rassistische Gewalt sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern eskaliert. Sie wird sowohl durch die Hetze gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen in den Medien als auch durch die "Asyldebatte" der Parteien (nach dem Motto "das Boot ist voll") vorangetrieben bzw. in diesem Ausmaß erst möglich gemacht. Bereits seit dem Anschluß der DDR an die BRD haben die rassistischen Übergriffe zugenommen. Das ist mittlerweile keine Neuigkeit mehr. Nur wird dabei allzu schnell vergessen, daß es auch vorher Übergriffe und Diskriminierungen gab, sowohl in der DDR als auch in der BRD. Die aktuelle Situation zeigt auch, daß der Versuch, rassistische Gewalt als ein "Problem" der ehemaligen DDR darzustellen, gescheitert ist. Wobei es in den Ausmaßen und der Brutalität bisher sicher noch Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern gibt. Im Augenblick liegt allerdings die Befürchtung nah, daß sich im Westen eine ähnliche Entwicklung hin zu noch mehr rassistischen Übergriffen vollzieht.

Die Tendenz, die rassistischen Schläger und all diejenigen, die deren Handeln unterstützen und befürworten zu Opfern der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu erklären, setzt sich immer mehr durch. Opfern muß geholfen werden: Streetworker und SozialarbeiterInnen machen sich auf den Weg, um die rechten Schlägertrupps wieder in diese (rassistische) Gesellschaft einzugliedern. Dabei werden die eigentlichen Opfer der rassistischen Gewalt schlichtweg vergessen. Wo bspw. bleiben die staatlichen Gelder, die eine Selbstorganisation von ImmigrantInnen und Flüchtlingen bedingungslos unterstützen, wo ein Antidiskriminierungsgesetz, das die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen festschreibt, wo wird die Abkehr vom völkischen Nationalstaatdenken deutlich?

Rassistische und faschistische Gewalt, Diskriminierungen und Anpöbeleien sind jedoch nur eine Erscheinungsform. Institutionalisiert und unterstützt werden diese Formen von Rassismus z.B. durch das (seit Anfang 1991 verschärfte) "Ausländergesetz", mit dem es möglich ist, hier lebende ImmigrantInnen staatlich legitimiert auszugrenzen und zu diskriminieren. Flüchtlinge, die bisher aufgrund der politischen Situation in ihren Herkunftsländern aus sogenannten humanitären Gründen "geduldet" wurden, drohen seit dem 1. Juli diesen Jahres Massenabschiebungen. Obwohl die Angriffe auf Flüchtlingswohnheime täglich zunehmen, werden Flüchtlinge nach wie vor zwangsverteilt und können ihren Wohnort nicht selbst bestimmen.

Auch in den anderen europäischen Ländern spitzt sich die Lage zu. Einher mit Annäherung der europäischen Länder und der Grenzöffnung nach innen geht eine nahezu perfekte Abschottung nach außen....

Das ist nur eine sehr grobe Zustandsbeschreibung. Aber mittlerweile regt sich Widerstand sowohl gegen die rassistische/faschistische Gewalt im Alltag als auch gegen den staatlichen Rassismus.

Nach längerer (Denk-)Pause liegen Euch hier das ZAG vor. Gemeinsam herausgegeben von der Antirassistischen Initiative e.V. und dem Antifa-Infotelefon. Unsere ursprüngliche Idee, die eingegangen Meldungen rassistischer und faschistischer Übergriffe und Diskriminierungen zu veröffentlichen (was wir ja auch bisher in Form von Flugblättern getan haben), um somit gegen das Argument "wir haben davon nichts gewußt" anzugehen, halten wir immer noch für sinnvoll, aber für erweiterungsbedürftig. In den letzten Wochen und Monaten sind selbst die bürgerlichen Medien gezwungen, den zunehmenden Rassismus zu thematisieren. Über den Rassismus in dieser Berichterstattung wäre an anderer Stelle eine Menge zu sagen. Nur soviel: Die Tendenz in den Medien ist offensichtlich, Rassismus und Faschismus hauptsächlich als ein "Jugendproblem" zu beschreiben. Dabei wird die breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung außer acht gelassen. Die "ganz normalen" BürgerInnen werden nicht als TäterInnen erkannt. Trotz der lückenhaften und oft verzerrten Berichterstattung der Medien, ist es mittlerweile sehr schwer geworden, "nichts zu wissen".

Wir werden auch weiterhin wie bisher die eingegangenen Meldungen bei den Telefonen (Antirassistisches Telefon und Antifa-Infotelefon) dokumentieren. Darüberhinaus wollen wir Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, über Widerstand gegen rassistische und faschistische Gewalt und über antirassistische, antifaschistische Aktionen berichten.

Diese Broschüre soll aber vor allem antirassistischen und antifaschistischen Gruppen Raum bieten, ihre Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen, Termine usw. zu veröffentlichen. Das heißt aber auch, daß die Qualität der Broschüre entscheidend von Eurer Mitarbeit abhängig sein wird.

Herausgeben wollen wir das *ZAG* viermal im Jahr.

Diese Broschüre soll auch eine Aufforderung sein, das Wegsehen und Schweigen bei rassistischer Gewalt und Diskriminierung aufzubrechen - denn: Wer schweigt, macht sich mitschuldig!

Gebt Eure Informationen und Erfahrungen weiter. Das ist wichtig, u.a. um eine starke Gegenöffentlichkeit zu schaffen, Aktionen durchzuführen und die von Rassismus Betroffenen solidarisch zu unterstützen.

Soweit es uns möglich ist, werden die bei uns eingehenden Artikel wörtlich übernommen. D.h. die Beiträge, die von Einzelpersonen oder Gruppen unterzeichnet sind, spiegeln natürlich nicht unbedingt (weder in Wortwahl noch im Inhalt) die politischen Standpunkte der Redaktionsgruppe wieder.

Wir behalten uns aber vor, Artikel, die nicht von uns angefragt wurden, möglichst nach Rücksprache mit dem/der AutorIn bzw. mit der Gruppe, nicht oder eventuell auch von uns kommentiert abzudrucken.

Die Redaktionsgruppe

WER WIR SIND
Die Antirassistische Initiative e.V.

Ende 1988 begannen wir, eine antirassistische Meldestelle aufzubauen. Heute ist das Antirassistische Telefon Bestandteil der Antirassistischen Initiative, die im Dezember 1989 als Verein gegründet wurde.
Basis unserer antirassistischen Arbeit sind einige grundsätzliche Überlegungen:
Wir wollen als vorwiegend weiße Gruppe die Verantwortung für den Rassismus mittragen und dagegen kämpfen.
Es geht uns darum, die von Rassismus Betroffenen politisch und individuell zu unterstützen.
Den Rassismus, der in der bundesrepublikanischen Gesellschaft verschwiegen und geleugnet wird, wollen wir mit Hilfe von konkreten Beispielen sichtbar zu machen.
Wir wollen das Zusammenwirken von individuellem und institutionellem Rassismus aufzuzeigen.
Letztendlich muß die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen durchgesetzt werden.
Um diesen Ausgangspunkten gerecht zu werden, gingen unsere Aktivitäten sehr schnell über die Bearbeitung der beim Antirassistischen Telefon eingehenden Meldungen hinaus.
Eigene Recherchen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen (auch über die BRD hinaus), die Teilnahme an bzw. die Organisation von Veranstaltungen und Aktionen und die Durchführung von Seminaren sind inzwischen selbstverständliche Bestandteile unserer Arbeit.

Mittlerweile haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine antirassistische Arbeit jedoch entscheidend verändert. Vor drei Jahren war es eines unserer größten Probleme, das Vorhandensein von Rassismus in der BRD zu thematisieren. Heute ist Rassismus durch die alltäglich gewordenen gewalttätigen Übergriffe, die bei weiten Teilen der Bevölkerung Zustimmung finden, offensichtlich geworden.
Das bedeutet zwangsläufig: Wir konzentrieren unsere Kräfte zur Zeit gemeinsam mit anderen Gruppen auf den Kampf gegen rassistische Gewalt.
Diesen Kampf begreifen wir aber nach wie vor auch als Widerstand gegen den institutionellen Rassismus. Denn institutioneller Rassismus ist gleichzeitig Unterdrückungsintrument staatlicher Politik und eine Ursache rassistischer Gewalt.

Weitere Informationen bekommt Ihr beim Antirassistischen Telefon unter der Nr. 8619422. Das Telefon ist montags von 17.30 bis 20.30 Uhr und freitags von 14.30 bis 17.30 Uhr besetzt. Außerhalb dieser Zeiten könnt Ihr uns eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen. Wir rufen dann so schnell wie möglich zurück.

Eine Selbstdarstellung des Antifa-Infotelefons wird im nächsten ZAG abgedruckt.



DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON

- ... sammelt Informationen über rassistische Diskriminierungen, Bedrohungen und Übergriffe, über Aktivitäten rassistisch orientierter Organisationen und Parteien
- ... dokumentiert und veröffentlicht die eingehenden Meldungen
- ... benutzt die Informationen und Erfahrungen, um zusammen mit anderen Initiativen, gegen Rassismus und Diskriminierungen vorzugehen und um den Kampf für die Gleichberechtigtung aller hier lebenden Menschen zu unterstützen
- ... vermittelt, soweit möglich, Rechtsanwältinnen, Beratungsstellen und Initiativen für die von Rassismus Betroffenen
- ... informiert über Treffen, Veranstaltungen, Gruppen zum Thema Antirassismus ...

MELDUNGEN
DER INFOTELEFONE

Die Kriterien für die Veröffentlichung der eingegangenen Meldungen beim Antirassistischen Telefon und beim Antifa-Infotelefon sind folgende:
Die AnruferInnen stimmen ausdrücklich zu bzw. wollen von sich aus die Veröffentlichung. Grundsätzlich nennen wir keine Namen, es sei denn es wird von den AnruferInnen gewünscht. Und/oder: Unsere Recherchen bzw. die Schritte, die wir nach einem Anruf unternommen haben, sind soweit vorangeschritten, daß diese mitveröffentlicht werden können. Wenn die AnruferInnen ausschließlich wegen einer Veröffentlichung und nicht, weil sie gemeisam mit uns weitere Schritte unternehmen wollen, Informationen an uns weitergeben, drucken wir die Meldungen (zum Teil auch unkommentiert) ab.

Ausgewählte Meldungen, die beim ***Antirassistischen Telefon*** eingegangen sind:

8619422 MONTAGS 17.30-20.30 UHR UND FREITAGS 14.30-17.30 UHR
(sonst Anrufbeantworten)

Am 27.5.91 gegen 12 Uhr, U-Bahn-Linie 7
Die Anruferin betont, daß sie nicht allzu oft ein nettes Erlebnis in öffentlichen Verkehrsmitteln hat. Sie hält es aber (genau wie wir) für wichtig auch solche Meldungen weiterzugeben und zu veröffentlichen:
Eine ältere Frau sitzt neben einem "nicht-deutsch" aussehenden Mann. Die Anruferin beobachtet und hört wie diese Frau den Mann rassistisch beschimpft. Dann verläßt sie ihren Sitzplatz, stellt sich an die Tür und schimpft wütend weiter. Eine andere ältere Frau geht auf sie zu und versucht an der nächsten Station die hermupöbelnde Alte aus dem Wagen zu schubsten. Es kommt zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Frauen. Ein BVG-Angestellter kommt dazu und versucht zu schlichten. Die Frau, die über das rassistische Verhalten der anderen empört ist, verlangt, daß solche Leute nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren sollen. Der BVG-Angestellte hält die Aufregung für übertrieben und unternimmt nichts. Der Zug fährt mit beiden Frauen weiter. Nächste Station: Mehringdamm. Die nach wie vor herumpöbelnde Alte wird von der anderen Frau samt Einkaufstüten aus dem U-Bahn-Wagen geworfen!

Am 8.6.91 gegen 3 Uhr in einem Wohnheim im Wedding:
Am 11.6.91 erhielt das Antirassistische Telefon von Mitarbeiterinnen des Diakonischen Werkes Wedding folgende Meldung: In der Nacht vom 8./9.6.91 kamen 4-5 Männer durch die offene Haustür in der Innenhof des Wohnheimes (um welches Haus es sich hierbei handelt, können wir zum jetzigen Zeitpunkt aus Rücksicht u.a. auf die BewohnerInnen noch nicht sagen). Sie setzten die Müllcontainer in dem sehr engen Innenhof in Brand. Außerdem versuchten sie in eine Paterrewohnung einzudringen und zerschlugen dabei eine Fensterscheibe. Unsere weiteren Recherchen ergaben folgendes: Da sich die BewohnerInnen wehren konnten, gelang es den Typen nicht, in die Wohnung zu kommen. Andere Bewohner-Innen hörten zwar den Lärm, trauten sich jedoch nicht, ihre Wohnungen zu verlassen, um die Familie im Paterre zu unterstützen oder Hilfe zu holen. Der Übergriff dauerte etwa eine halbe Stunde. Vor dem Haus wurden Leute in Autos beobachtet, die offensichtlich auf die Täter warteten. Eines der Kinder in der Paterrewohnung wurde durch einen Glassplitter verletzt. Die Polizei wurde von den HeimbewohnerInnen nicht verständigt.
Außerdem mußten wir während unserer Recherchen feststellen: Der Übergriff war so nur möglich, weil sich die Haustür nicht abschließen läßt und es auch sonst keine Schutzvorkehrungen für die dort lebenden Flüchtlinge gibt. Das Haus ist (vorsichtig formuliert) in einem entsetzlichen Zustand. Die Wände sind feucht. Das bedeutet, daß viele BewohnerInnen an Bronchial- und Pilzerkrankungen leiden. Es gibt Mäuse, Ratten, Kakerlaken. Beheizt wird das Haus nur stundenweise. Warmes Wasser gibt es auch im Winter nur zu bestimmten Zeiten. Die Heimleitung schüchtert die BewohnerInnen mit den unterschiedlichsten Drohungen ein. D.h. es gibt kaum Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen.

Unsere Odyssee durch den Weddinger Behördendschungel hatte folgendes Ergebnis:
Bei dem Haus handelt es sich um eine private Zimmervermittlung. Zuständig für dieses Haus wäre eigentlich das Gewerbeaufsichtsamt. Eigentlich! Zuständig sein möchte niemand so recht. Die einzelnen Stellen innerhalb des Bezirksamtes wissen schon lange unter welchen Bedingungen die Leute in diesem Haus leben müssen. Aber schließlich möchte man/frau es sich nicht mit den skrupellosen Betreibern dieses "Wohnheimes" verderben. Dann müßte sich ja irgendjemand um eine menschenwürdige Unterbringung der dort lebenden Flüchtlinge kümmern. Und wer will das schon.

Bemerkung am Rande: Der zuständige "Kontaktbereichsbeamte" ist fest davon überzeugt, daß der Angriff auf das Haus nicht von Rechtsradikalen ausging. In seinem Bezirk gibt es nämlich - auch davon ist er überzeugt - keinen Rassismus.
Uns bleibt zunächst nichts, außer die Auseinandersetzung mit den Behörden weiter zu führen.

Am 14.10.91 im U-Bahnhof Kleistpark:
Ein vierzehnjähriger schwarzer Junge wird auf der Rolltreppe von zwei Leuten angespuckt, geohrfeigt, rassitisch beschimpft und zusammengeschlagen. Die PassantInnen sind ohne einzugreifen vorbeigegangen. Alles geht sehr schnell. Als die nächste U-Bahn kommt und mehrere Leute die Rolltreppe benutzen, verschwinden die Täter.
Der Junge hat Anzeige wegen Körperverletzung gestellt.

Am 15.10.91 gegen 19.30 Uhr in der S-Bahn zwischen Friedrichsfelde-Ost und Ostkreuz: 6 Skinheads steigen Friedrichsfelde-Ost in die S-Bahn. Sie zünden ihre Feuerzeuge an und verlangen von den Fahrgästen, daß sie aussteigen. Alle verlassen den Wagen. Als ein junger Mann mit dunkler Hautfarbe auch aussteigen will, wird er von den Skins festgehalten. Die S-Bahn fährt weiter.
Die Skins öffnen während der Fahrt eine Tür und drücken den Kopf des jungen Mannes zwischen die Tür und schließen sie wieder. Dann wird er verprügelt. Am S-Bahnhof Ostkreuzverlassen die Skins die S-Bahn. Der junge Mann wird ohnmächtig. Am S-Bahnhof Bellevue (8 Stationen nachdem die Skins in den Wagen kamen!) kommt der junge Mann wieder zu sich. Eine Frau hilft ihm beim Aussteigen. Er schafft es noch irgendwie zu Fuß und mit einem Taxi nach Hause und muß dann mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden. Mittlerweile ist er aus dem Krankenhaus entlassen, aber in ständiger ärztlicher Behandlung. Der junge Mann hat die schlimmsten Verletzungen an Hals und Wirbelsäule. Er geht davon aus, daß die Skins ihn aus dem fahrenden Zug geworfen hätten, wenn er sich nicht an deren Beinen festgeklammert hätte.
Er hat Anzeige wegen versuchten Mordes gestellt.
Soweit die Fakten dieses brutalen übergriffs.
Das Verhalten der Fahrgäste, die sich einfach aus dem Zug schicken lassen, obwohl sie gesehen haben, daß der junge Mann nicht aussteigen konnte, geht weit über das übliche Schweigen und Wegsehen hinaus. Niemand von den "braven BürgerInnen" hat am Bahnhof die BVB-Angestellten informiert. Und als die Skins schon längst den Zug verlassen hatten, kümmert sich niemand um den ohnmächtigen und offensichtlich schwer verletzten jungen Mann.

Ausgewählte Meldungen, die beim ***Antifa-Infotelefon*** eingegangen sind:

6921599 SAMSTAGS VON 18-21 UHR
(sonst Anrufbeantworter)

In der Nacht vom 7./8.10. in Leipzig
Ca. 30 Nazis überfielen im Leipziger Stadtteil Konnewitz eine besetzte Wohnung und zerstörten sie völlig. Von den vier BewohnerInnen mußten zwei stationär behandelt werden, ein Mensch liegt mit Knochenbrüchen im Krankenhaus. Ein weiterer Mensch, den die Nazis auf der Straße erkannten, erlitt Knochenbrüche und einen Schädelbruch. Während diese Meldung in der Regionalpresse erschien, wurde der Brandanschlag auf die sich im selben Haus befindende Szenekneipe "Backwahn" nicht erwähnt. Das Lokal brannte völlig aus, auch im ersten Stock gelegene Wohnungen brannten. Die Leipziger Szene reagiert mittlerweile mit beklemmendem Fatalismus auf die wöchentlich stattfindenden Angriffe. Das "Backwahn" soll wieder aufgebaut werden.

Am 21.9.91 in Frankfurt am Main
Im Stadtteil Bockenheim in der Fröbestraße wurde ein Haus besetzt. Wie üblich sollte die Besetzung so schnell wie möglich von der Polizei beendet werden. Bei dem Versuch, die Polizei auf Distanz zu halten bzw. die BesetzerInnen in Sicherheit zu bringen, kam es zu einer kurzen Auseinandersetzung mit der Polizei, bei der die BesetzerInnen flüchten konnten.
Als sich die Situation entschärfte und die Leute sich auf dem Rückzug befanden, gab ein Polizist fünf gezielte Schüsse auf die letzten sich entfernenden Personen ab. Der Hergang ist von einer Reihe AugenzeugInnen, AnwohnerInnen, PassantInnen und KneipenbesucherInnen bestätigt worden. Dabei ist festzustellen, daß sich die Polizei in keiner Notwehrsituation befand (die Personen waren auf dem Rückzug und mehr als 30 Meter von der Polizei entfernt). Es gab weder eine Ankündigung von Schußwaffengebrauch, noch waren Warnschüsse abgegeben worden. Es gab keinen verletzten Polizisten, der in Gefahr hätte sein können. Alle Beamten befanden sich in der Fröbestraße und hatten nicht einmal Sichtkontakt zu den HausbesetzerInnen. Der Polizist, der geschossen hat, war weder hektisch noch nervös, er nahm sich Zeit, die Waffe ruhig auf die Leute zu richten und fünf gezielte Schüsse abzugeben. Es war purer Zufall, daß bei diesem Polizeiübergriff kein Mensch verletzt wurde.

Kommt ins Antirassistische Zentrum!

Seit Donnerstag, den 24.10.91 sind 11 Räume im Mathematikgebäude der TU-Berlin und einige Räume des AStA der TU besetzt.
Die Aktion wird getragen von Menschen, die ein praktisches Zeichen gegen die schleichende Normalisierung der staatlichen Repression und der offenen Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen setzen wollen.
Darüberhinaus geht es uns um zwei sehr praktische Schritte:

* Zum einen wollen wir mit der Besetzung die dringend notwendige Koordination bisheriger und zukünftiger antirassistischer und antifaschistischer Arbeit aller Art vorantreiben. Die Anlaufstelle schafft die Möglichkeit, schon vorhandene Ansätze zu antirassistischer Arbeit zu bündeln und den Widerstand gegen die rassistische Asylpolitk zu forcieren.
In der Stadt ist viel los: Die Verschleppungen von Flüchtlingen in die Ex-DDR wurden zum Teil verhindert, Kontakte zu Flüchtlingsheimen in Brandenburg werden aufgebaut, überall organisieren sich antifaschistische Gruppen, Flüchtlinge aus Hoyerswerda wurden in ihren Forderungen unterstützt und ihre Aufenthaltsgestattung in Berlin wurde durchgesetzt, Veranstaltungen, Demos, Konzerte... .
Wir finden es wichtig, einen Ort zu haben, an dem ein Austausch stattfinden kann und an dem die verschiedenen Ansätze und Aktionen gemeinsam sichtbar werden.

* Zum anderen wollen wir den Flüchtlingen, die sich entgegen den behördlichen Weisungen entschieden haben, in Berlin zu bleiben oder nach Berlin zu kommen, vorübergehend eine sichere Unterbringung anbieten. Flüchtlinge, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, sind nach in der BRD geltendem Unrecht gezwungen, sich in einem von der Ausländerbehörde zugewiesenen Landkreis aufzuhalten und diesen nicht zu verlassen. Dem widersetzen sich, z.B. aus Angst vor rassistischen Angriffen, immer mehr Menschen. Flüchtlinge, die an einem Ort ihrer Wahl leben wollen, verlieren ihr Recht auf staatliche Mindestversorgung. Zusätzlich droht ihnen Geldstrafe. Wir fordern das Recht Aller auf freie Wahl des Aufenthaltsortes und wehren uns gegen die Verschleppung von Menschen, wie es z.B.am Waterloo-Ufer geschieht. Deshalb ist es notwendig, Flüchtlingen Möglichkeiten zu schaffen, in Berlin bleiben zu können und für die Durchsetzung ihrer Rechte kämpfen zu können. Ihre materielle Versorgung muß wieder von den zuständigen staatlichen Stellen garantiert werden. Als Sofortmaßnahme muß ihre Unterbringung und Versorgung mit Geld von öffentlichen Wohlfahrtsverbänden geleistet werden!
Wir wollen raus aus der Versteckt- und Verschwiegenheit, mitten in der Stadt sichtbar als Antirassistisches Zentrum und Anlaufstelle für Flüchtlinge sein. Um den rassistischen Konsens in dieser Gesellschaft anzuknacken und zu brechen ist massiver Druck auf allen Ebenen gegen die Verantwortlichen notwendig.
Öffentlicher Druck muß an der Basis entstehen. Übt an den Orten eures Alltags -auf der Arbeit, in Schulen, Unis, Kneipen, überall- Druck aus, sich mit den Forderungen der Flüchtlinge nicht nur verbal, sondern praktisch zu solidarisieren. Unterstützt das Zentrum politisch! Bringt eure bisherige Arbeit, eure Ideen, Erfahrungen, Informationen, wie z.B. Broschüren, Flugblätter, ein.

Bleiberecht und menschenwürdige Unterbringung für Alle!
Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!
Keine Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern!
Keine Abschiebungen!
Keinen Fußbreit den Faschisten!

Ihr erreicht uns über das Büro des Antirassistischen Zentrums im AStA der TU, Marchstr.6, 1 Berlin 10, Tel 31421041

Spendenkonto: Antirassistische Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Kto.-Nr. 303 96 00 -Stichwort Bleiberecht-

V.i.S.d.P.: B.Leiberecht, Streitstr. 11, 1 ...

SCHLUß MIT DER ZWANGSVERTEILUNG

Seit dem 26.9.91 haben verschiedene Organisationen vor der Ausländerbehörde am Waterlooufer 5-7 einen Infotisch für Flüchtlinge gemacht. In dieser Behörde erhalten die Flüchtlinge ihren Zuweisungsbescheid, der sie für die Dauer ihres Asylverfahrens in ein bestimmtes Bundesland zuweist. Jeden Donnerstag werden von dort aus Flüchtlinge in die neuen Länder transportiert. Seit Beginn der Verteilung in die neuen Länder kommen immer wieder Flüchtlinge nach Berlin zurück Hoyerswerda war keineswegs der Anfang. Die Flüchtlinge berichteten übereinstimmend immer wieder das Gleiche: Sie wurden angepöbelt, bespuckt, am Einkaufen gehindert, trauten sich, wenn überhaupt, nur noch in größeren Gruppen aus den Heimen, wurden verprügelt und ihre Heime wurden überfallen. Alle erzählten, daß es das Schlimmste für sie gewesen sei, unter einer ständigen Angst zu leben.

Die Kontakt- und Beratungsstelle versuchte zunächst für die Flüchtlinge eine Umverteilung nach Berlin zu erreichen. Alle Anträge, die bei der Senatsinnenverwaltung und beim Verwaltungsgericht gestellt wurden, wurden über kurz oder lang mit äußerst zynischen Begründungen abgelehnt. Die Betroffenen hielten sich danach illegal in Berlin auf, ohne Sozialhilfe und ohne Unterbringung.

In einer Arbeitsgruppe wurde beschlossen, dieses Problem öffentlich zu machen, indem wir Flüchtlinge dahingehend beraten wollen, bereits vor ihrer Verteilung einen Widerspruch und einen Antrag nach § 80 V VwGo beim Verwaltungsgericht zu stellen. Und zwar massenhaft auf Vordrucken, in denen nur noch die Daten eingetragen werden mußten. Bereits am ersten Tag der Aktion haben 54 Flüchtlinge gegen ihre Verteilung ein Rechtsmittel eingelegt. Dies hätte für sie einen Aufschub von ca. 6 Wochen bedeuten müssen, wenn das VG Berlin wie sonst auch üblich, bei allen Antragstellen von der Ausländerbehörde die Zusicherung eingeholt hätte, daß bis zur Entscheidung keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Die Flüchtlinge bleiben also in Berlin, bis das VG über ihren Antrag entscheidet.

Bereits eine Woche später hatte sich die Situation zugespitzt. Die Zusicherung war nur für ca. die Hälfte der Flüchtlinge eingeholt worden. Alle anderen wollte die Ausländerbehörde verschieben, ohne eine Entscheidung abzuwarten. Über 25 Leute sollten noch am gleichen Tag einen Bus nach Eisenhüttenstadt besteigen, gegen ihren ausdrücklichen Willen, ohne ihr Gepäck. In Verhandlungen mit der Behörde konnten wir erreichen, daß die Abfahrt des Busses verschoben wurde und die Flüchtlinge ihr Gepäck holen konnten. Zur Abfahrt erschienen lediglich drei Leute.
Die Behörde veränderte ihre Taktik und ließ keine Busse mehr fahren, sondern übergab Gutscheine für Fahrkarten. Die Flüchtlinge sollten diese in einem Reisebüro abholen und direkt in ihre Zuweisungsorte fahren. Flüchtlinge, die nicht gefahren waren und sich in der Behörde noch einen Aufschub erhofften, wurden dort festgenommen und wie Vieh in die Wannen der Polizei gestoßen. Hilflos mußten wir mit ansehen, wie Frauen und alte Menschen unter massiver Gewalt verfrachtet wurden. Für eine Blockade waren wir zuwenig, es wurde trotzdem versucht, an diesem Tag wurden zwei Frauen festgenommen.

Die Aktion war zum rein symbolischen Akt verkommen. Das Recht der Flüchtlinge gegen ihre Verteilung Widerspruch einzulegen war zur Farce geworden. Ihre Angst, ihre Panik vor einer Verteilung in die ehemalige DDR wurde schlicht ignoriert. Eine Beratung der Leute war schlicht unmöglich, alle hatten sich einen Aufschub erhofft. Sie durften den Widerspruch zwar noch stellen, erhielten aber keine Verlängerung ihrer Meldepapiere, was eine Unterbringung und Fortzahlung ihres Taschengeldes bedeutet hätte. Ihnen wurde schlicht ihre materielle Grundlage in Berlin entzogen.

Eine Woche haben die Flüchtlinge Zeit, sich an ihre neuen Orte zu begeben. Erst danach können sie unter Zwangsanwendung dorthin gebracht werden. Nicht mal für diese eine Woche wurde ihnen eine Unterbringung in Berlin garantiert. Fahrkartengutscheine wurden für den gleichen oder den nächsten Tag ausgestellt. Die Menschen standen schlicht auf der Straße. So wird ein Recht zum Geschwätz und so erreicht man, daß Flüchtlinge "freiwillig" in die neuen Länder fahren.

Am 17.10. wurde dazu aufgerufen, die Abtransporte von Flüchtlingen zu verhindern. Einige hundert Menschen erschienen am Waterloofer. Bereits nach einer Stunde war klar, daß kein Flüchtling in einen Bus steigen würde. Der erste Bus fuhr nach kurzer Zeit wieder ab, der zweite erschien gar nicht erst. Die Ausländerbehörde verschloß ihre Türen, die reichlich vorhandenen Wannen wurden nach ein paar Stunden abgezogen. Es ist gelungen, diese Behörde für einen ganzen Tag völlig lahmzulegen!
Bei der mehrwöchigen Anwesenheit vor bzw. in dieser Behörde wurde jedesmal irgendeine Schweinerei aufgedeckt. Atteste von Ärzten wurden von den SachbearbeiterInnen nicht entgegengenommen, Ehepaare wurden getrennt voneinander verteilt, Familien kreuz und quer über die Bundesrepublik. Flüchtlinge wurden willkürlich wieder weggeschickt, ohne Begründung, ohne Verlängerung ihrer Meldetermine. SprachmittlerInnen existieren in dieser Behörde nicht, Papiere sind immer in deutsch verfaßt, auf Anliegen der Menschen wird grundsätzlich nicht reagiert. Der Ton dort ist geringschätzig bis beleidigend und unverschämt. Die Flüchtlinge werden in Gruppen in die Behörde gelassen, die Anderen warten draußen zwischen zwei Laufgittern, egal ob es regnet. Es gibt einen Wachschutz, der anmaßend ist und auf Fragen sowieso keine Antworten weiß. Zupacken kann er auch.
Diese Vereilung in Gebiete, in denen es für Flüchtlinge und ImmigrantInnen lebensgefährlich ist und wo sie nicht hinwollen muß aufhören. Und zwar sofort!
Wir fordern ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge und zwar dort wo sie leben wollen.

KUB (Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge)

JUGENDLICHER AUS NAMIBIA HANDELTE AUS NOTWEHR

Fast ein halbes Jahr nach dem brutalen Angriff von deutschen Bürgern auf 14 namibische Jugendliche in Wittenberge, ist das Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung gegen einen der minderjährigen Afrikaner von der Staatsanwaltschaft Potsdam endlich eingestellt worden.
Daniel W. [1] war von mehreren deutschen Bürgern beschuldigt worden, in einer der Diskotheken der brandenburgischen Kleinstadt mit dem Messer auf sie eingestochen zu haben. Der Staatsanwalt erkannte auf Notwehr, da aufgrund der Übermacht der deutschen Angreifer die Verteidigung des Beschuldigten mit einem Messer sich als verhältnismäßig herausgestellt habe (§ 32 StGB).
Die Ermittlungsverfahren gegen mehrere deutsche Bürger, die Ende Mai nach der Auseinandersetzung in der Disco mit Messern und Gaspistolen bewaffnet einen gezielten"Rachefeldzug" gegen das Wohnheim der Namibier durchgeführt hatten, laufen weiter. Bisher liegt jedoch noch keine Anklageschrift vor. Bei dem nächtlichen Angriff auf die Wohnungen der Jugendlichen waren zwei der Namibier beinahe umgebracht worden, als sie von Deutschen vom Balkon aus dem vierten Stock gestoßen wurden. Eines der Opfer dieses Ausbruchs rassistischer Gewalt liegt heute immer noch im Krankenhaus von Wittenberge. Es ist unklar, ob er jemals wieder in der Lage sein wird, zu gehen.



Die Ereignisse in Wittenberge, die noch vor einigen Monaten in den Medien nicht nur in Deutschland Anlaß zur großen Empörung boten, sind angesichts der allgegenwärtigen rassistischen Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen in Deutschland längst in Vergessenheit geraten.
In den Wochen danach sind VertreterInnen von verschiedenen politischen Gruppen und Einzelpersonen aus Berlin mehrmals nach Wittenberge gefahren, um Kontakt mit den 14 Jugendlichen aufzunehmen. Wir mußten feststellen, daß die Jugendlichen, die dort schon seit mehr als einem Jahr leben und über den Solidaritätsdienst e.V. eine Ausbildung als Betriebsschlosser absolvieren, vollkommen isoliert sind. Trotz der unglaublichen Vorfälle Ende Mai, bei dem zwei Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe fast ermordet wurden, hat es lange gedauert, bis wir auf BewohnerInnen in Wittenberge gestoßen sind, die bereit waren, sich mit den Opfern von rassistischer Gewalt zu solidarisieren. Im Juni veranstalteten wir zusammen mit den Jugendlichen aus Namibia und Mitgliedern der "Jungen Gemeinde" der evangelischen Kirche und dem zuständigen Pfarrer ein Fest im örtlichen Gemeindehaus. Trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den angereisten UnterstützerInnen aus Berlin und den anwesenden Deutschen aus Wittenberge mußten wir wieder einmal feststellen, daß es neben Mitgliedern der evangelischen Kirche und einigen wenigen Bürgerbewegten in den Kleinstädten der EX-DDR kaum andere Ansprechpartner gibt, wenn es um den Kampf gegen Rassimus geht. Uns war von Anfang klar, daß wir von Berlin aus nicht in der Lage sein würden, die namibischen Jugendlichen vor weiteren Übergriffen zu schützen. Wir haben daher versucht, Gespräche mit dem zuständigen Solidaritätsdienst über Sicherheitsvorkehrungen und die notwendige Verlegung des verletzten Namibiers aus dem Krankenhaus in Wittenberge zu führen. Ohne Erfolg. Wir haben versucht, die zuständige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg einzuschalten, die zwar betroffen, aber weiterhin nicht in der Lage war, ihre vielfältigen Versprechungen einzuhalten.

Was neben der Vermittlung eines guten Anwalts, Besuchen im Krankenhaus und im Wohnheim, moralischer Unterstützung und der Aufrechterhaltung von Kontakten bleibt, ist die Hoffnung, zumindest einen Teil dazu beigetragen zu haben, daß es in der Zwischenzeit in Wittenberge eine Anzahl von Menschen gibt, die sich verantwortlich dafür fühlen, daß ein rassistischer Überfall wie im Mai dieses Jahres nicht wieder vorkommt. Das ist nicht viel, aber immerhin besser als gar nichts.
Die Jugendlichen aus Namibia werden voraussichtlich im Juni 1992 ihre Ausbildung in Deutschland abgeschlossen haben und danach nach Namibia zurückkehren. Ob sie dies mit einer entsprechenden Entschädigung tun, und ob ihr verletzter Freund im Wittenberger Krankenhaus jemals die Möglichkeit erhalten wird, wieder laufen zu lernen und eine andere Ausbildung in Deutschland abzuschließen, hängt davon ab, inwieweit sich noch mehr Menschen und Organisationen dafür einsetzen.
Für weitere Informationen stehen zur Verfügung:

Antirassistische Initiative e.V.
Osloer Str. 12
1000 Berlin 65

[1] Name von der Redaktion geändert.

VON HILFESUCHENDEN NEO-NAZIS & MEDIENGESCHÄDIGTEN BÜRGERMEISTERN:

DAS FALLBEISPIEL EBERSWALDE

Will man PolitikerInnen und Verwaltungsbeamten Glauben schenken, so brechen in diesen Tagen sorgenfreie Zeiten für arbeitslose SozialarbeiterInnen im Westen an. Während bei uns immer mehr selbstverwaltete Sozialprojekte und Beratungsstellen wie türkische Jugendläden oder Frauenhäuser vor dem finanziellen Bankrott stehen, haben die Verantwortlichen besonders in den sogenannten Neuen Bundesländern eine ganz neue Zielgruppe zur Betreuung auserkoren. Hier soll Geld zur Abwechslung mal kein Problem darstellen. Gemeint sind all die hilfesuchenden deutschen Jugendlichen, der Verfassungschutz schätzt ihre Zahl auf circa 15.000 in den Neuen Bundesländern, die nach der friedlichen Annektion der DDR angeblich nicht nur ihren Ausbildungsplatz und ihren Job, sondern vor allem auch ihre Identität verloren haben. Seit Monaten ziehen sie nun schon hilfesuchend und Hakenkreuz-Fahnen schwenkend durch die Straßen von Dresden, Frankfurt\Oder oder Eberswalde, bringen hie und da mal einen Flüchtling oder einen angolanischen Mitbürger um, und warten auf ihre Freunde, die westlichen Streetworker, die sie mit Tischtennis-Spielen und attraktiven ABM-Maßnahmen von ihrem infantilen Treiben auf der Straße zurück in den Kreis der anständigen Gesellschaft holen sollen.
Daß über die bisherigen Erfolge der sogenannten "Skinhead-Projekte" in der Bundesrepublik wenig bekannt ist, kümmert niemanden so recht. Und daß zumindest die nicht abreißenden rassistischen Übergriffe und Mordanschläge auf Flüchtlinge vor allem in den alten Bundesländern wie Niedersachsen oder Nord-Rhein-Westfalen nicht weiterhin nur mit dem Dilemma marginalisierter und perspektivloser jugendlicher Randalierer erklärt werden können, denen es an Beschäftigung mangelt, paßt nicht in das Konzept von aufgeschreckten und konzeptlosen Ausländerbeauftragten, LokalpolitikerInnen oder Verwaltungsbeamten.

Den Opfern bisheriger Freizeitaktivitäten der zu betreuenden Zielgruppe, den hunderten zum Teil schwerverletzten AsylbewerberInnen, den polnischen oder vietnamesischen Händlern, den Angehörigen und Freunden der von Neonazis oder Skinheads ermordeten Menschen aus Angola, Mosambik oder Vietnam, empfiehlt man, sich ruhig zu verhalten, und wenn es gar nicht mehr anders geht, das Weite zu suchen. Betreuung oder Schutz von Seiten des Staates oder der einheimischen Bevölkerung können Menschen mit der falschen Hautfarbe, dem falschen Paß oder auch mit dem falschen Baby hierzulande nur in den seltensten Fällen erwarten.

In Eberswalde-Finow, einer Kleinstadt 70km nordöstlich von Berlin, in der im November 1990 der Angolaner Antonio Amadeu das erste Todesopfer eines rassistischen Überfalles von Neonazis in der EX-DDR wurde, haben in den letzten Monaten schon viele Menschen das Weite gesucht. Unter ihnen die ehemalige Freundin von Amadeu mit dem gemeinsamen Kind, die nach dem Mord an ihrem Freund immer wieder zum Angriffsziel rassistischer und sexistischer Beschimpfungen und Verfolgungen wurde. Nachdem das zweite Mal Rechtsradikale in ihre Wohnung eingdrungen waren, verließ sie fluchtartig die Stadt. Der Bürgermeister von Eberswalde begrüßte diesen Schritt. Er wünscht sich stellvertretend für alle verantwortlichen PolitikerInnen nichts sehnlichster, als daß wieder Ruhe einkehren möge und die Stadt endlich wieder aus den negativen Schlagzeilen der Medien verschwindet. Das Problem, so seine Analyse, liegt weniger in den Zuständen in Eberswalde als in der maßlosen Hetzkampagne der auswärtigen Presse, die die Stadt zur Hochburg von rechtsradikalen Gewalttaten hochstilisiert habe. Daß der Bürgermeister nach eigenen Angaben in der Zwischenzeit schon selbst zum Angriffsziel rechtsradikaler Schläger geworden ist und laut über seine eigene Bewaffnung nachdenkt, scheint nichts an seiner Meinung geändert zu haben. Niemand der politisch Verantwortlichen interessiert sich nur ansatzweise dafür, daß schwarze Menschen und deren Angehörigen sich in Eberswalde schon lange nicht mehr auf die Straße trauen, daß sie in ihren Wohnungen überfallen und bedroht werden, während führenden Neonazis in Auseinandersetzungen mit rivalisierenden Gruppierungen Polizeischutz gewährt wird. Selbst die Fürsorge und Solidarität der Kirchenvertreter und wenigen Bürgerbewegten vom Bündnis 90 oder dem Neuen Forum gilt eher den "eigenen Kindern", d.h. den Neonazis, die mit ihren aus jugendlichem Leichtsinn begonnenen Straftaten ja doch nur einen Hilferuf an die Gesellschaft zum Ausdruck brächten. Der von ihnen bis zum Überdruß verwendete Begriff der "Dialogbereitschaft" verdeckt nur mühselig den allgemeinen Realitätsverlust und die Unfähigkeit zum politischen Handeln.

Seit dem feigen Mordanschlag auf Antonio Amadeu vor 10 Monaten, der von PolitikerInnen und der Polizei als bedauernswerter Unfall gewertet wird, hat es keinen einzigen Versuch von seiten der lokalen Behörden und Einrichtungen gegeben, mit angolanischen oder mosambikanischen Einwohnern ihrer Stadt in einen Dialog einzutreten und ihnen in irgendeiner Weise Unterstützung anzubieten.

In der Zwischenzeit ist die Mehrheit der ehemals ca. 800 Vertragsarbeiter oder Auszubildenden aus Angola oder Mosambik "freiwillig" in ihr Heimatsland zurückgekehrt. Sie waren die ersten, die von den örtlichen Betrieben

entlassen wurden, obwohl ihre Verträge noch bis zum Ende des Jahres Gültigkeit hatten. Betrogen worden sind sie nicht nur um eine finanzielle Entschädigung sondern auch um ihre Ausbildung, die ihnen vom ehemaligen Solidaritätsdienst der DDR versprochen wurde, und für die sie seit 1986 als billige und rechtslose Arbeitskräfte im örtlichen "Walzwerk" und im "Fleischverarbeitenden Kombinat" schuften mußten. Den wenigen, die beschlossen haben, in Eberswalde zu bleiben und ihr Recht auf Aufenthalt und Ausbildung durchzusetzen, schlägt nicht nur der alltägliche Terror der organisierten Rechtsradikalen und der ganz normalen Bevölkerung entgegen sondern auch der staatliche Rassismus innerhalb der Bürokratien und Behörden. Nach der sogenannten Wiedervereinigung will plötzlich niemand mehr zuständig sein für all die Menschen, die im Namen der Solidarität und Völkerverständigung in die ehemalige DDR geholt wurden. Falls es den Neonazis durch ihren brutalen Terror nicht alleine gelingt, die Leute zu vertreiben, hilft der Staat, wie schon geschehen, notfalls mit Abschiebungen nach.



Stichtag für die Mehrheit der noch ca. 20 afrikanischen Menschen in Eberswalde, falls sie nicht mit einer Deutschen verheiratet sind, ist der 31.Dezember dieses Jahres. An diesem Tag läuft endgültig ihre Aufenthaltsgenehmigung ab. Ob bis zu diesem Zeitpunkt der Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder ihres ehemaligen Arbeitskollegen Amadeu eröffnet worden ist, scheint im Moment eher unwahrscheinlich. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist gegen die an der Tat Beteiligten noch nicht einmal Anklage erhoben worden. In Frankurt\Oder, wo zwei der an der Tat Beteiligten inhaftiert sind, läßt sich die Staatsanwaltschaft Zeit mit den Ermittlungen. Bei all den bisherigen Versäumnissen der staatlichen Behörden und unaufgeklärten Verwicklungen, angefangen bei dem unentschlossenen Verhalten der Polizei in der Tatnacht selbst bis hin zu den dubiosen Kontakten des Bürgermeisters zur rechtsradikalen Szene, sollte es nicht wundern, daß bewußt in Kauf genommen wird, die Gerichtsverhandlung in Frankfurt\Oder ohne die wichtigsten angolanischen ZeugInnen durchzuführen. Selbst wenn es gelingen sollte, mit der Unterstützung vieler Einzelpersonen und Organisationen, den Aufenthalt in Deutschland der angolanischen Freunde und Verwandten von Antonio Amadeu zu verlängern, bleibt die Frage nach dem Schutz dieser Menschen vor weiteren Anschlägen und Einschüchterungsversuchen durch die rechte Szene. Während die Neonazis schon öffentlich angekündigt haben, ihre Anhängerschaft zahlreich zum anstehenden Prozeß in Frankfurt\Oder zu mobilisieren, um ihre Kumpels tatkräftig zu unterstützen, zeigen sich die lokalen Sicherheitsbehörden vollkommen unbeeindruckt von dieser Bedrohung gegenüber den ZeugInnen. "Was soll die Polizei schon machen?", ist ein beliebter Ausspruch der politisch Verantwortlichen.

Sich in diesem Lande, im Osten wie im Westen, tatsächlich noch auf polizeilichen Schutz vor rechtsradikalen Gewalttätern zu verlassen, grenzt an Naivität. Was bleibt, ist der Versuch, mit alldenjenigen Gruppierungen und Menschen, die ein Interesse an der Verhinderung und Aufklärung von rassistischen Morden und an einer Bestrafung der Täter haben, dem Druck des rechtsradikalen Mobs in Eberswalde und anderswo eine eigene politische Mobilisierung entgegenzusetzen. Was wir auch brauchen, ist eine breite Öffentlichkeit vor und während des Prozesses, um die ZeugInnen zu schützen. Die muß aus nationalen und internationalen MedienvertreterInnen bestehen und nicht zuletzt aus einer starken Präsenz all derjenigen, die ihre Solidarität mit den Opfern von rassistischen Übergriffen ernst nehmen. Bevor jedoch ernsthaft damit beginnen können, uns mit den Prozeßvorbereitungen und unseren Forderungen an diesen sogenannten "Rechtsstaat" zu beschäftigen, muß alles getan werden, um die angolanischen Menschen, die nicht Ende Dezember in ihr Heimatsland zurückkehren wollen, vor der Abschiebung zu beschützen. Solange es in Eberswalde und auch in anderen Städten wie Wittenberge oder Hoyerswerda keine gesellschaftlichen Gruppen gibt, die sich mit den dort lebenden Flüchtlinge oder ArbeitsmigrantInnen solidarisieren, wird uns in Berlin nichts anderes übrigbleiben, als immer wieder diese Orte aufzusuchen und den Menschen dort, mit den wenigen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eine Unterstützung anzubieten. Auf weitere pogromartige Angriffe wie in Hoyerswerda und Todesopfer dürfen wir nicht warten.

Sobald der Prozeßtermin in Frankfurt\Oder offiziell feststeht, werden wir ihn öffentlich machen.

Antirassistische Initiatuve

ZUR VERTREIBUNG VON FLÜCHTLINGEN AUS HOYERSWERDA

Die nordsächsische Kleinstadt Hoyerswerda, in der bis vor kurzem ca. 230 Flüchtlinge und Arbeitsmigranten aus Mosambik und Vietnam lebten, ist in der Woche vom 17. bis zum 21.September für viele in aller Welt zum Symbol des Rassismus im wiedervereinigten Deutschland geworden.
Nach tagelangen pogromartigen Ausschreitungen von Neonazis und großen Teilen der deutschen Bevölkerung gegen die Wohnheime dieser Menschen, ist es einem kleinen Teil der Flüchtlinge gelungen, sich gegen eine weitere staatliche Zwangskasernierung in Sachsen zu wehren und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Neben Hannover und Hessen ist Berlin zum "Zufluchtsort" von ca. 50 Menschen aus Ghana, Angola, Äthopien, Bangladesh und Nepal geworden, die vor dem lebensgefährlichen neofaschistischen und rassistischen Terror in Hoyerswerda geflohen sind. Hier versuchen sie schon seit Wochen mit Unterstützung von autonomen deutschen und ImmigrantInnen-Gruppen und Teilen der evangelischen Kirche ihre Forderungen nach Aufnahme in Berlin, nach einem legalisierten Status und Sozialleistungen durchzusetzen.

Wir versuchen im folgenden den Ablauf der Ereignisse zu dokumentieren:
Am 17.September beginnen die gezielten Angriffe auf die Wohnheime der Flüchtlinge und Arbeitsmigranten in Hoyerswerda, nachdem in der Stadt mehrere vietnamesiche Straßenhändler von Neonazis überfallen worden waren. Der deutsche Mob geht mit Molotowcocktails, Pflastersteinen, Baseballschlägern und Flaschen gegen die sogenannten Ausländer vor. Ein Teil der Angegriffenen versucht sich zur Wehr zu setzen. Es entstehen straßenschlachtartige Szenen vor den Wohnheimen.

Am Wochenende vom 20. bis 21.September setzt sich der Belagerungzustand fort. Niemand ist mehr in der Lage, das Wohnheim zu verlassen, die Versorgung mit Lebensmitteln wird schwierig. In der Zwischenzeit beteiligen sich bis zu 600 deutsche Bürger und Bürgerinnen an den Auschreitungen. Die Polizei setzt Wasserwerfer, Hubschrauber und eine Hundertschaft ein, erweist sich jedoch als unfähig (oder auch unwillig), die Menschen vor weiteren Übergriffen zu schützen.

Für den 22.September rufen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Grüne, SOS Rassismus und andere Menschenrechtsgruppen aus Berlin zu einem Autokonvoi nach Hoyerswerda auf. An dem Konvoi und der anschließenden Solidaritätskundgebung und Demonstration vor dem Wohnheim und in der Stadt nehmen ungefähr 400 Menschen vor allem aus dem autonomen Spektrum teil. Nur nach langen Verhandlungen mit der Polizei und der Heimleitung gelingt es einer kleinen Delegation der DemonstrantInnen, mit den Flüchtlingen im Wohnheim Kontakt aufzunehmen. Der Wunsch aller Flüchtlinge ist es, so schnell wie möglich den Ort zu verlassen. Viele möchten am liebsten sofort mit dem Konvoi zurück nach Berlin fahren.

Als am 24.September eine weitere Delegation aus Berlin nach Hoyerswerda fährt, finden sie dort nur noch leergeräumte Wohnheime vor. Die Vertreibung durch Neonazis und RassistInnen unterschiedlichster Coleur war erfolgreich.
Am Montag zuvor, am 23.September, sind alle Flüchtlinge und Arbeitsmigranten in einer Nacht- und Nebelaktion nach Nationalitäten in Busse zwangsverfrachtet worden, um sie zu "ihrem Schutz" an anderen, ihnen unbekannten Orten unterzubringen. Wie sich später herausstellen soll, sind fast alle mosambikanischen Vertragsarbeiter direkt nach Frankfurt zur "freiwilligen" Abschiebung in ihr Heimatsland gebracht worden, während die AsylbewerberInnen auf mehrere Baracken und Fabrikgebäude (sogenannte Heime) in der Umgebung von Dresden verteilt worden sind.

In der Nacht vom 24. auf den 25.September treffen die ersten von ca.40 Flüchtlingen in Berlin ein, denen es gelungen ist, sich auf eigene Faust bis hierher durchzuschlagen. Nach den Erfahrungen in Hoyerswerda sind sie nicht länger bereit, sich passiv der menschenunwürdigen Behandlung und Unterbringung in Sachsen auszusetzen. In Berlin bildet sich die Koordination Berliner autonomer Flüchtlingsgruppen, die sich in den kommenden Wochen um die Unterbringung, Versorgung, und um die juristische und politische Unterstützung der aus Hoyerswerda vertriebenen Flüchtlinge kümmern wird. Parallel dazu werden von der Koordination Kontakte zu verschiedenen Kirchen-gemeinden und der Leitung der evangelischen Kirche Berlin/Brandenburg aufgenommen.

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit der AL am 25.September im Rathaus Schöneberg gehen Sprecher von angolanischen Flüchtlingen aus Hoyerswerda trotz ihres illegalen Status in Berlin das erste Mal an die Öffentlichkeit. An das Abgeordnetenhaus von Berlin werden die folgenden Forderungen gestellt: - Sofortige Aufnahmegarantie für die aus Hoyerswerda und anderen Orten nach Berlin geflohenen Flüchtlinge.
- Gewährung von Sozialhilfe dort, wo sie sich z.Zt. aufhalten.
- Freie Wahl ihres Aufenthaltorts für alle Flüchtlinge.
- Keine Kasernierung von Flüchtlingen.

- Bleiberecht für alle Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen.
- Keine Abschiebungen.

Auf der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Ausländerauschusses im Rathaus wird ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne auf Aufnahme der Flüchtlinge und keine weiteren Zwangsverteilungen in die sogenannten Neuen Bundesländer auf unbestimmte Zeit vertagt.

Am 1.Oktober wird die Passionskirche am Marheinicke-Platz in Kreuzberg von der Koordination autonomer Flüchtlingsgruppen besetzt. Mit dieser Aktion soll deutlich gemacht werden, daß es keine individuellen Lösungen für die Menschen aus Hoyerswerda geben darf. Die Flüchtlinge wollen nicht vereinzelt in Gemeinden versteckt werden, um später wieder auf die ganze Bundesrepublik zwangsverteilt zu werden. Von der Kirchenleitung wird die Gewährung eines öffentlichen Kirchen-Asyls bis zur politischen Entscheidung gefordert.
Nach der Zusage, die Flüchtlinge aus Angola, Ghana, Äthopien, Bangladesh und Nepal gemeinsam in kircheneigenen Räumen unterzubringen und gleichzeitig Verhandlungen mit dem Innensenat über ihr Bleiberecht aufzunehmen, wird die Besetzung am 2.Oktober für beendet erklärt.

In der Zwischenzeit gründet sich im reichen Dahlem, wo die meisten der Flüchtlinge gemeinsam untergebracht worden sind, eine BürgerInnen-Initiative, die sich mit Unterschriften, mit Briefen an die lokalen PolitikerInnen und juristischen Schritten gegen die Unterbringung von 40 Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft wehren will. Die Aktivitäten der Initiative richten sich laut eigenen Angaben gegen einen "rechtsextremistischen Bürgerkrieg", der zwangsweise auf die Anwesenheit von ausländischen Menschen folgen würde.

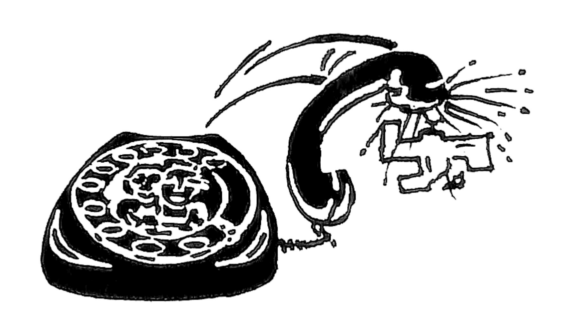
Am 9.Oktober findet eine weitere Pressekonferenz in der Kirchengemeinde Dahlem statt, auf der die Ausländerbeauftragte Frau John und die ausländerpolitischen Sprecher und Sprecherinnen aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien sich zu den Forderungen der Flüchtlinge aus Hoyerswerda äußern sollen. Während die anwesenden VertreterInnen von SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS (die Ausländerbeauftragte und Sprecher der CDU und FDP bleiben dem Treffen fern) die Forderungen der Flüchtlinge nach Aufnahme in Berlin verbal unterstützen, präsentiert Innensenator Heckelmann auf der anschließenden Sitzung des Ausländerausschusses folgende Absichtserklärung: Alle Flüchtlinge, die in Berlin ihren Antrag auf Asyl gestellt haben, sollen bleiben dürfen. Ihre Anzahl wird auf die Berliner Quote angerechnet. Alle weiteren Flüchtlinge, die nicht in Berlin Asyl beantragt haben, sollen in die Bundesländer zurückkehren, in der ihr Erstantrag auf Asyl gestellt worden ist. Für die Aufnahme in Hessen will sich der Innensenat einsetzen.

In den darauffolgenden Tagen erklärt sich die Kirchenleitung bereit, bis zur entgültigen Zusage der zuständigen Behörden den Flüchtlingen weiterhin eine Unterkunft zu gewähren. Gegen die Forderung der Flüchtlinge, die auf eine Aufnahme aller aus Hoyerswerda Geflohenen zielte, schließen sich die KirchenvertreterInnen der vermeintlichen Lösung, einen Teil der Menschen auch gegen ihren Willen nach Hessen zurückzuschicken, an. Darüber, was mit denjenigen passieren soll, die direkt über die Tschechoslowakai nach Sachsen eingereist sind und auch dort ihren Asylantrag gestellt haben, wird bisher Stillschweigen bewahrt.

Am 17.Oktober besetzen ca.30 Menschen aus dem Kreis der Koordination autonomer Flüchtlingsgruppen das Büro der Ausländerbeauftragten Frau John, um in der Öffentlichkeit noch einmal deutlich zu machen, daß es weiterhin darum geht, das Bleiberecht für alle Flüchtlinge aud Hoyerswerda durchzusetzen und die Zwangsverteilung in andere Bundesländer zu stoppen.

Weitere Aktionen, um die Rechte und Forderungen von Flüchtlingen zu unterstützen, werden in den nächsten Tagen und Wochen folgen.

Antirassistische Initiative e.V.



RECHTSEXTREME ALS OPFER DER RISIKOGESELLSCHAFT

Was sagen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler zu den Gewalttätigkeiten rechtsradikaler Banden gegen ethnische Minderheiten in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung? Wie erklären sie sich die wachsende Brutalisierung und Akzeptanz der Ausgrenzung von Ausländern? Bei der Durchsicht der verschiedensten Publikationen zum Thema stößt man rasch auf ein erstaunliches Phänomen: Die Analysen konzentrieren sich alle auf die Figur des deutschen männlichen Jugendlichen aus den unteren sozialen Schichten. Er scheint der Prototyp für rechtsextremes und rassistisches Verhalten zu sein. In ihm bündeln sich anscheinend alle wesentlichen Risikofaktoren.

Nun sind die tätlichen Angriffe auf Minderheiten, wie sie nahezu alltäglich von Jugendbanden verübt werden, durchaus spektakulär. Sie verlangen tatsächlich nach einer Erklärung ebenso wie nach praktischen Gegenmaßnahmen. War aber nicht auch der hohe Prozentsatz von Rep-Sympathisanten etwa bei der Berliner Polizei auffällig? Warum wurde dieses Phänomen nicht weiter untersucht? Oder warum sind nicht die Phobie von Hausbesitzern gegenüber Flüchtlingen, ein Psychogramm von Betreibern von 'Asylanten'heimen oder die Motive von Zeitungsmachern, die gegen türkische Jugendliche hetzen, von Interesse? Meine Vermutung: Sie passen nicht in ein Konzept, in dem Rechtsextremismus — vor allem Rassismus — als Reaktion der Zukurzgekommenen auf Unterdrückung und Frustration interpretiert wird. Denn das ist die zentrale Annahme aller vorliegenden Analysen.

Neben den 'klassischen' Ursachen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit werden heute zur Erklärung rechtsradikaler Einstellungen vor allem die Gefahren des sog. Modernisierungsprozesses beschworen, der mit der Auflösung traditioneller Lebenszusammenhänge wie Familie, Klassenzugehörigkeit und Nachbarschaften eine Individualisierung vorantreibe, die jedes Individuum auf sich selbst zurückwerfe, um es dann vereinzelt und orientierungslos seinem Schicksal zu überlassen. Außerdem, so heißt es, habe uns die Moderne die unsichtbaren Gefahren einer ökologischen Welt-Katastrophe beschert. Das alles löse Ängste aus, die leicht in Fremdenangst umgepolt werden können.

Am nachhaltigsten soll dieser 'Modernisierungsschock' (Heitmeyer)[1] die männlichen Jugendlichen treffen, da diese noch um ihr Entree in die Gesellschaft kämpfen müssen. Auf ihnen laste vor allem der Druck der Konkurrenz und die Angst vor einer ungewissen Zukunft. So werden ihre Frustrationen und Ängste als eigentliche Ursache von Fremdenangst und Fremdenhaß und ihre Ressentiments gegenüber Minderheiten als verständlichen Motiven entsprungen gedeutet. Nicht die Opfer ihrer Übergriffe, sondern diese deutschen Jugendlichen erscheinen in den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen des Rechtsextremismus als die eigentlichen Leidtragenden unserer Gesellschaft. Ihnen besonders gelten Anteilnahme und Mitgefühl. Und unversehens sind aus den Tätern Opfer geworden.

Das Bedürfnis, die Täter zu entlasten, hat mittlerweile sogar dazu geführt, neonazistische Gewalttäter oder Gewaltbefürworter nicht nur zu Opfern widriger Umstände zu machen, sondern ihr Gewalthandeln gegenüber Schwächeren zum Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit und Benachteiligung zu stilisieren. So spricht etwa der Berliner Sozialwissenschaftler Hajo Funke vom »Aufstand der Modernisierungsopfer«[2]. Seine Studie ist durchzogen von Hinweisen auf soziale Mißstände und politische Versäumnisse, auf die desolate Situation der Zukurzgekommenen. Lediglich an einer Stelle erwähnt er, daß ein Motiv etwa deutscher Facharbeiter, die Republikaner zu wählen, wohl im Bestreben liege, die eigenen Privilegien abzusichern. Auch kostet es ihn einige Anstrengungen, deutsche Beamte seiner Beschreibung der Deklassierten einzupassen. Da muß er schon zwecks Plausibilisierung ihrer rechtsradikalen Neigungen die Steuer- und Gesundheitsreform aus der Tasche zaubern. Bei den Bauern schließlich müssen Gesetze und Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft herhalten.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Ist da der Verweis auf Armut als Quelle von Ausländerhaß nicht zynisch — auch wenn natürlich richtig bleibt, daß bei allem Reichtum die Widersprüche in der Gesellschaft wachsen und vor allem die Armut bestimmter Gruppen größer wird? Aber diejenigen, deren Lebensstandard am niedrigsten ist und die unter den Risiken der 'Modernisierung' am meisten leiden, wählten, wie wir sehen werden, nicht häufiger die Republikaner als die Gutsituierten.

Die Problemlagen, die vor allem rechtsextreme Orientierungsmuster provozieren sollen, sind nach Meinung der Sozialwissenschaftler vor allem folgende: ökonomische Ängste, psychosoziale Probleme im Zuge der Auflösung gewachsener Milieus und des familiären Halts und schließlich das Gefühl einer globalen Bedrohung durch ökologische Katastrophen.

1. *Ökonomische Ängste:* Um festzustellen, ob es einen Zusammenhang zwischen Verarmung und der Neigung zu rechtsextremen Orientierungen gibt, zwischen Wohnungsnot, Arbeitsplatzunsicherheit und der Vorliebe für autoritäre 'Problemlösungen', sollte zunächst die Gegenfrage gestellt werden, ob denn auch die Umkehrung stimmt, d.h. ob die Abwesenheit derartiger Mängel vor Rechtsextremismus schützt. Eine Infas-Studie[3] hat gezeigt: Die Wählerinnen und Wähler der Republikaner verteilen sich gleichmäßig über alle Einkommensschichten. Wohnungs- und Hausbesitzer sind unter ihnen sogar überdurchschnittlich viele zu finden. Republikaner-Sympathisanten sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufriedener als SPD-Wähler und Grüne. Sie sind sogar optimistischer als alle anderern Wähler, wenn sie die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorhersagen sollen.

Das ökonomische Argument ist also wenig stichhaltig. Wilhelm Heitmeyer[4], viel gefragter »Experte für Rechtsextremismus« (»taz«), zitiert selbst eine Reihe von Untersuchungen, die belegen, daß soziale Not Menschen keineswegs besonders anfällig für neonazistische Verhaltensweisen macht. Rechtsextreme Jugendliche kommen eher aus dem mittelständischen Milieu, in dem auch das Vorurteil von der besonderen Nähe der untersten sozialen Schichten zum Rechtsextremismus geboren wurde. Eindrucksvoll bestätigt wird dies durch eine neuere Untersuchung aus Tübingen[5], in der repräsentativ die Jugendlichen der Region nach ihrer politischen Orientierung gefragt wurden. Die Forscher stellten fest, daß sozial diskriminierte Jugendliche sich hoch signifikant weniger ausländerfeindlich äußerten als Jugendliche aus prosperierenden Betrieben mit guten Zukunftschancen.

2. *Ängste infolge des Verlusts sozialer Bindungen:* Zweifellos gibt es einen fortschreitenden Individualisierungsprozeß in unserer Gesellschaft, was etwa allein schon an der Zunahme von Einpersonenhaushalten abzulesen ist. In West-Berlin stellen diese mittlerweile mehr als die Hälfte aller Haushalte. Unbestritten ist auch, daß die damit einhergehende Vereinzelung zahllose psychische und soziale Probleme mit sich bringt. In den vorliegenden Untersuchungen wird Individualisierung nun nahezu ausschließlich als Risiko gewertet, nicht aber auch als Befreiung von sozialer Kontrolle und familiärer Gewalt. Frauen z.B. können diese Wertung sicherlich nicht so leicht nachvollziehen, wissen sie oft doch nur zu genau, welchen Preis sie für eine 'heile Familie' zu zahlen hatten.

Demgegenüber erfahren männliche Sozialforscher die Auflösung der Familie offensichtlich überwiegend als Fortfall von sozialer Sicherheit und Versorgung. Diese einseitige Wertung hat insofern System, als sie ein notwendiger Baustein zur Konstruktion jener These ist, derzufolge die Rechtsradikalen in erster Linie Opfer sind. Die Überlegung, ob der Individualisierungsprozeß nicht auch Vorteile und Privilegien mit sich bringt, würde hingegen den Versuch bloß stören,

diese These argumentativ zu stützen. Dabei weiß beispielsweise selbst Heitmeyer, daß sie empirisch nicht zu belegen ist. Immer wieder muß er, wie er schreibt, »irritiert« feststellen, daß Jugendliche mit autoritär-nationalistischen Orientierungen sich überwiegend sozial integriert und behütet fühlen, was auch die erwähnte Tübinger Untersuchung bestätigt. Im übrigen hat die deutsche Geschichte wohl zur Genüge gezeigt, daß die Eingebundenheit in Familie, Nachbarschaft, Vereine, Klassen etc. keineswegs ein wirkungsvolles Mittel gegen rechtsextreme Einstellungen ist.

3. *Angst vor der ökologischen Katastrophe:* So sehr es auch zutreffen mag, daß ökologische Risiken inzwischen globale Ausmaße angenommen haben, so wenig sollte jedoch in der Klage darüber die unterschiedliche 'Betroffenheit' der reichen und der armen Länder von den daraus resultierenden Folgen verwischt werden. Wenn etwa Ulrich Beck[6] behauptet, daß durch die Nahrungskette jede/r mit jeder/m auf der Welt verknüpft sei und alle Menschen gleichermaßen von globalen Risiken bedroht würden, weil diese eben nicht mehr Halt vor Staatsgrenzen und Klassenschranken machen, dann verschiebt er die Probleme, von denen 'wir' hierzulande vermeintlich gebeutelt werden, von der Armut auf allerlei ungreifbare Risiken, die es plausibel erscheinen lassen, etwa die Frage, warum eines der reichsten Länder der Welt eine der geringsten Aufnahmequoten für Flüchtlinge hat, erst gar nicht mehr zu stellen. Schließlich sind 'wir' so von nachgewachsenen Problemen gebeutelt, daß es allenthalben Grund genug für politische Radikalisierungen gibt, Grund genug für Inhumanität und Arroganz.

Enthistorisierung und Entpolitisierung sind so die Folgen einer Opferthese, die allein im aktuellen ökonomischen und sozialen Problemdruck die Ursachen für Rechtsextremismus glaubt ausmachen zu können. Aber, wie wir sahen, diese These ist falsch. Wirtschaftliche Not und prekäre Zukunftsaussichten prädestinieren keineswegs in besonderer Weise für eine neonazistische Gesinnung.

Es fragt sich also, warum diese These so ungemein populär ist und vielen so plausibel erscheint. Es fragt sich vor allem, wo denn nun die Täter geblieben sind. Bisher war ja nur von Opfern die Rede. Die Antwort der Sozialwissenschaft ist so wortreich wie schlicht: Waren die traditionellen Analysen von einer Oben-Unten-Dichotomie bestimmt (die Herrschenden verführen die Unterdrückten, indem sie deren Mißmut propagandistisch auf die Nochtieferstehenden lenken), so bevorzugen die zeitgenössischen Forscher die Horizontale: Sie sprechen vom »Zentrum« der Gesellschaft, das den »Rand« vermittels ideologischer Beeinflussung in ausländerfeindliche Bahnen lenke. Will man also die 'wahren' Ursachen des Rechtsextremismus untersuchen, müßte man sich dieses »Zentrum« genauer anschauen. Das geschieht in den vorliegenden Untersuchungen allerdings entweder kaum oder nur so, daß sich dieses »Zentrum« in Abstraktionen verflüchtigt, die schwer faßbar sind. Undeutliche Phänomene wie 'Modernisierungsprozeß', 'Entfremdung' und 'allgemeines Konkurrenzverhalten' oder 'gesellschaftliche Widersprüche' werden ihm zugeordnet. Ein zentrales, die Menschen desorientierendes und für rechtsradikale Parolen anfällig machendes Widerspruchsverhältnis ist nach Heitmeyer z.B. die »hochtourig forcierte Internationalisierung der Märkte einerseits und das Versprechen von Machtgruppen, den Bestand der ethnischen Homogenität der Bevölkerung zu wahren, andererseits«. Ein zweites die »Abnahme nationaler Grenzen bei gleichzeitiger Zunahme innerer Abgrenzung«.

In derartigen Abstraktionen werden mit den konkreten Tätern auch die Interessen des »Zentrums« zum Verschwinden gebracht. Überträgt man beispielsweise das erstgenannte Widerspruchsverhältnis auf die BRD, so bedeutet 'Internationalisierung der Märkte' nichts anderes als das Interesse der deutschen Wirtschaft, weiter von der Ausbeutung der sog. Dritten Welt zu profitieren. Und das Streben nach ethnischer Homogenität der Bevölkerung meint, daß den Ertrag dieser Ausbeute die Deutschen alleine unter sich aufteilen wollen. Ganz ähnlich läßt sich auch der zweite vermeintliche 'Widerspruch' — die »Abnahme nationaler Grenzen bei gleichzeitiger Zunahme innerer Abgrenzung« — in eine Beschreibung realer Interessen auflösen, derzufolge Grenzen nur für Kapital und Wirtschaftsgüter, keineswegs jedoch für — beispielsweise — politische Flüchtlinge durchlässiger werden.

Was die übrigen von der Sozialwissenschaft immer wieder beschworenen Problemlagen angeht, in denen sich das vereinzelte Individuum hilflos den Effekten von ihm nicht beeinflußbarer Vorgänge ausgeliefert sieht, so wäre interessant zu wissen, warum eigentlich das Verhalten der am meisten Benachteiligten am stärksten von jenen bestimmt sein sollte. Sind denn nicht gerade die Protagonisten des »Zentrums« besonders profilierte Vertreter des 'Modernisierungsprozesses' und müßten demnach am ausgeprägtesten die mit diesem zusammenhängenden Eigenschaften aufweisen? Daß mit einer zunehmenden 'Rand'ständigkeit auch eine Distanz zu den herrschenden Werten einhergehen kann, die möglicherweise eine der Ursachen dafür ist, daß Angehörige verarmter Bevölkerungsschichten weniger ausländerfeindlich agieren als sozial integrierte und gutsituierte Wohlstandsbürger, vermögen die Experten für Rechtsextremismus offenbar nicht einzusehen.

Dafür verknüpfen sie Rassismus und Gewalt gegen ethnische Minderheiten so pauschal mit der allgemeinen Lebenslage nahezu aller Menschen in den Industrienationen, daß man folgern müßte, allein die Aufhebung der Industrialisierung könne den Rassismus stoppen. Natürlich meinen sie das nicht, sondern wollen bloß unterstreichen, wie gravierend, umfassend und unabänderlich jene Probleme sind, die sie für Ausländerhaß und -diskriminierung verantwortlich machen. Wer glaubt sich denn nicht gemeint, wenn von 'Entfremdung', 'Konkurrenz', 'Vereinzelung' die Rede ist? Und wer fühlt sich hier nicht in einem irgendwie 'kritischen' Verständnis geborgen? Mir scheint als würden diese Analysen Rassismus gleichsam 'naturalisieren', als würde dieser so unabänderlich mit den Lebensgrundlagen der Gesellschaft verknüpft, daß nur ein Phantast noch dagegen ankämpfen würde.

Wollen wir ihn jedoch tatsächlich verstehen, so müssen unsere Analysen sowohl noch grundsätzlicher als auch sehr viel konkreter werden. Konkreter in dem Sinn, daß wir den realen Interessen vor allem an der Ausbeutung anderer Länder und am Erhalt des eigenen Wohlstands, den man nicht mit anderen teilen möchte, mehr Aufmerksamkeit schenken. Denn dieses Interesse eint die Mächtigen sehr wohl mit den weniger Mächtigen hierzulande. In dem Punkt sind sich die meisten Deutschen einig. Die Tübinger Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang richtigerweise von »Wohlstandschauvinismus«. Konkret ist also zu fragen, wie die expansive Ausbeutung der armen Ländern sich in der Psyche der Bundesdeutschen niederschlägt. Wie ihr Selbstbild davon geprägt wird, wie sehr sie also die Prinzipien ihres Wirtschaftssystems internalisiert haben und wie sie mit ihrer Vorteilnahme und ihren Privilegien umgehen[7].

Zugleich müssen die Analysen grundsätzlicher werden, denn Rassismus und Jagd auf Ausländer haben ebenso wie das Schweigen der meisten Politiker, Wissenschaftler und Kirchenmänner zu den gewalttätigen Übergriffen bei uns eine lange und schreckliche Tradition. Wie auch der Versuch, die Täter als Opfer zu präsentieren, mit dem die Sozialwissenschaft gegenwärtig sehr erfolgreich um gesellschaftliche Anerkennung sich bemüht. Aber warum ist die These von den Neonazis als Opfer der gesellschaftlichen Entwicklung eigentlich so populär?

Wie bereits erwähnt, konzentrieren sich die Untersuchungen des Rechtsextremismus nahezu ausschließlich auf männliche Jugendliche der unteren sozialen Schichten. Indem so der Rechtsextremismus auf Randgruppen projiziert wird, kann das 'Problem verortet' und der Rest der Gesellschaft gleichsam freigesprochen werden. Diese kann sich in der Hoffnung wiegen, 'das Problem' mit Hilfe von Sozialarbeit (in dem Zusammenhang wird gerne eine Abenteuerpädagogik empfohlen), Wohnungsbau, Arbeitsplatzbeschaffung und nicht zuletzt der Polizei in den Griff zu bekommen. Aufgabe der Sozialwissenschaften ist es dann nur noch, für die Jugendlichen pädagogische Programme zu entwerfen, um mit ihnen ihre 'eigentlichen' Probleme — Einsamkeit und Sinnlosigkeitsempfindungen — zu bearbeiten.

Außen vor bleiben dabei regelmäßig die tatsächlichen Opfer, die ethnischen Minderheiten selbst. Sie sollen keine tragende Rolle in dieser Geschichte spielen, sondern lediglich die Funktion eines Sündenbocks übernehmen. Folgerichtig kommen sie in den pädagogischen Programmen auch gar nicht vor. Diese befassen sich ausschließlich mit den deutschen Jugendlichen, denen der Sozialarbeiter sich helfend zuzuwenden hat.

Eine Sozialwissenschaft aber, die

weiter S. 17

EIN RASSISTISCHER ÜBERFALL

Ich bin 27 Jahre alt, komme aus Panama und habe sechs Jahre in Polen studiert. Dort lernte ich meine Frau kennen, die Doppelstaatlerin (Deutsche und Britin) ist. Während meines Studiums in Polen lernte ich kennen, was Diskriminierung bedeutet. Es gehört zu meinem Alltag, wegen meiner dunklen Hautfarbe auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln und beim Einkaufen angepöbelt zu werden. In vielen Diskotheken wurden meine Kommilitonen und ich nicht reingelassen. Jedesmal, wenn ich meine jetzige Frau in Berlin besuchte, fühlte ich mich in dieser Stadt sehr wohl, weil wir uns überall frei und normal bewegen konnten und in Cafés, Geschäften usw. freundlich behandelt wurden. Ich mochte die Deutschen und lernte sie wegen ihrer Liberalität, Toleranz und Freundlichkeit schätzen. Nachdem ich mein Studium in Polen beendet hatte, heirateten meine Frau und ich und gingen zunächst nach England. Vor einem Jahr entschlossen wir uns, in die Heimatstadt meiner Frau, Berlin, zurückzukehren und hier zu leben. Wir haben nach langem Suchen eine Wohnung gefunden und auch eine Arbeit.
Mit Erschrecken haben wir die Meldungen über zunehmende Übergriffe auf Ausländer in Deutschland verfolgt. Auch in unserem Bekanntenkreis wurden mehrere Ausländer auf offener Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln zusammengeschlagen. In den meisten Fällen passierte dies im Ostteil Berlins. Selbst hatte ich so etwas noch nie erlebt, habe mir aber daraufhin vorsichtshalber in einem Zigarettengeschäft ein Reizspray gekauft, das ich seitdem ständig bei mir trage, um mich in einer derartigen Situation vielleicht ein bißchen verteidigen zu können.
Am 31. August (meine Frau war kurz zuvor nach England gereist, um ihre Familie dort zu besuchen), war ich von Freunden im Ostteil Berlins zum Essen eingeladen und ich fuhr gegen 20 Uhr mit der U-Bahn-Linie 8 vom Hermannplatz Richtung Alexanderplatz. An der Station Jannowitzbrücke stiegen am anderen Ende des Wagens zwei Skinheads ein. Ich sah sie erst, als die Türen schon wieder zugingen. Da ich mittlerweile wußte, daß ich in so einer Situation aufpassen müsse, stellte ich mich mit dem Gesicht zur Tür, damit sie sich nicht unnötig von meiner Anwesenheit im Wagen "provoziert" fühlten. Ich weiß nicht, wie sie von mir unbemerkt durch den ganzen Wagen kommen konnten, aber plötzlich spürte ich einen Schlag am Kopf , hörte nur das Wort "Arschloch", dann wurde mein Kopf gegen die Tür geschlagen. Im gleichen Moment trat mich der andere der beiden in die Seite - alles ging so schnell, daß ich überhaupt nicht zu mir kamm und mich nicht verteidigen konnte. Im Wagen saßen mehrere Leute, aber niemeand kam mir zur Hilfe. Währenddessen fuhr die U-Bahn im Bahnhof Alexanderplatz ein. Ich wollte schnell aussteigen und probierte die Tür zu öffnen. Auch dabei schlugen die Skins weiter auf mich ein. Trotzdem schaffte ich es irgendwie, daß die Türen aufgingen und konnte mein Spray in der Jackentasche ertasten. Als die beiden noch auf dem U-Bahnhof weiterschlugen, sprühte ich ihnen das Gas ins Gesicht und hatte dadurch die Chance, schnell wegzulaufen.
Ich hatte das Gefühl, daß sie mich sonst totgeschlagen hätten. Das Blut lief mir aus Mund und Nase, ich rannte die Treppen hoch und wie durch ein Wunder erwischte ich am Alexanderplatz ein Taxi und fuhr zurück nach Hause. Ich habe mich am nächsten Morgen in ärztliche Behandlung begeben und war wegen Blutergüssen, Platzwunden und Prellungen eine Woche arbeitsunfähig. Möglicherweise muß noch eine Zahnoperation folgen. Ich habe auch Anzeige erstattet bei der Polizei. Jetzt habe ich von der Polizei eine Aufforderung bekommen, zum Polizeirevier am Alexanderplatz zu kommen und die dortige Lichtbildkartei einzusehen, um eventuell die Täter zu identifizieren. Irgendwie habe ich kein gutes Gefühl dabei, schon wieder in die "Höhle des Löwen" zu fahren....
Wie wird es weitergehen in Deutschland? Ich bin enttäuscht von den Politikern hier und auch von den Menschen, die wegsehen oder sich sogar wie in Hoyerswerda und anderswo mit Verbrechern solidarisieren.
Was bleibt als Alternative? Kampfsport und nur noch in Gruppen auf die Straße gehen, was ja weder erstrebenswert noch realisierbar ist, oder weggehen aus Deutschland? Wir denken viel darüber nach, aber haben noch keine Lösung des Problems gefunden. Aber wer weiß schon eine Lösung dafür...

Berlin, 9.10.91

Dieser Bericht ging als Meldung mit der Bitte um Veröffentlichung beim Antirassistischen Telefon ein und wurde dann von dem Überfallenen gemeinsam mit einem Freund aufgeschrieben.
Wir haben den Bericht hier wörtlich übernommen.

Der Aufruf läßt sich gar nicht oft genug wiederholen: Greift ein! Schaut nicht weg! Wir tragen alle Mitverantwortung für den Zustand dieser Gesellschaft. Wir dürfen den gewalttätigen rassistischen Terror von rechts nicht tatenlos hinnehmen und müssen verhindern, daß er wieder gesellschaftsfähig wird.

ZIVILBULLEN IN DER U-BAHN IM EINSATZ GEGEN TÜRKISCHE JUGENDLICHE -

PROZESS GEGEN EINE PASSANTIN, DIE SICH EINMISCHTE

16.12.1990, Sonntag Abend, kurz vor 0.00 Uhr, Wedding, in der U 9 passiert folgendes:
Fantatrinkende, lachende und singende türkische Jungs steigen am Nauener Platz in die U-Bahn ein. Die BVG-Angestellte ruft irgendwas durchs Mikrophon. Am U-Bahnhof Osloer Straße ist Endstation. Alle steigen aus. Sofort stellen vier Männer in Zivil die Jungs an die Wand, durchsuchen sie brutal. Mehrere Leute bleiben stehen. Ein Mann und eine Frau mischen sich ein, fragen, was diese Aktion soll usw.
Einer der vier Männer sagt, sie wollten die Personalien der Jungen aufnehmen, weil sie angeblich Stratäter seien. Das sei ein polizeilicher Einsatz, stehengebliebene Leute sollten verschwinden. Ein Zivilbulle zeigt kurz seinen Dienstausweis, ein anderer seine Pistole. Die rundherum stehenden Leute gehen langsam weiter. Eine alte Frau flucht vor sich hin, daß das so auch nicht gehen kann, daß die Jungs einfach so festgehalten werden, auch wenn sie gar nichts gemacht haben. Die Zivis fühlen sich anscheinend in ihrer Aktion gestört. Inzwischen wollen sie von den zwei Leuten, die sich da einmischen auch die Personalien haben. Beide fragen nach der Begründung dafür, die sie aber nicht bekommen. Deshalb geben sie ihre Personalien erstmal nicht an. Schließlich schieben die Zivis alle fünf Personen ins BVG-Haus, wo alle dann auch ihre Ausweise zeigen. Die BVG-Angestellte vom U-Bhf. Nauener Platz kommt noch dazu. Sie sagt, daß an den zwei vorherigen Tagen (!) Mülleimer beschädigt wurden. Gesehen hat sowieso niemand was. - Das war dann also die gefährliche Straftat! Nach einer Weile können alle fünf festgehaltenen Personen wieder gehen.
Der Eindruck, der von dieser ganzen Aktion bleibt, ist, daß die Zivis türkische jugendliche kontrollieren, registrieren und einschüchtern und evtl. Jugendgangs zerschlagen wollen. -

So weit, so schlecht. Aber es geht noch weiter: Die Jugendlichen bekommen eine polizeiliche Vorladung, gehen hin, bekommen aber keine Anzeige. Die Frau, deren Personalien die Bullen aufgenommen haben, soll - allerdings erst Monate später - ein Bußgeld von 150,- DM plus Gebühren zahlen, weil sie angeblich ihre Personalien nicht abgegeben wollte, was glattweg gelogen ist! Genauso wie es vorher darum ging, türkische Jugendliche aufzugreifen, geht es jetzt wohl darum, Leute, die sich einmischen, zu schikanieren. Und es kommt noch dicker. Denn die Frau legt Widerspruch ein, will die 176,- DM nicht bezahlen. Statt die Ermittlungen einzustellen wegen Geringfügigkeit oder Lächerlichkeit, wird daraus ein Prozeß gemacht: wegen angeblicher Verweigerung der Personalien und "Störung der öffentlichen Ordnung". Als Zeugen geladen werden die vier Zivis und ein BVGler. Beim Prozeß werden nur die Personalien der Angeklagten aufgenommen und der erste Bulle als Zeuge vernommen. Der gibt an, die vier Zivis hätten sich von der Angeklagten körperlich bedroht und so in ihrer Aktion gestört gefühlt, da (?) SIE IHRER "Arbeit" nicht weiter nachgehen konnten! (- Was für Kräfte frau doch entwickeln kann!) Und erfahrungsgemäß wären ja am Nauener Platz oft türkische Jugendliche, und man wüßte ja.... -
Damit verplapperte er sich dermaßen, daß der Prozeß eingestellt wird.

SCHAUT NICHT WEG! WEHRT EUCH! GREIFT EIN!

Der Bericht ging beim Antirassistischen Telefon zur Dokumentation ein.

Fortsetzung von S. 15

ihre Borniertheit schon dadurch unter Beweis stellt, daß ihr Machthaber und Verantwortungsträger erst gar nicht in den Blick geraten, daß Rechtsextremismus als mutmaßlich reine Männerangelegenheit ihr keine weiteren Fragen aufwirft, daß sie die ethnischen Minderheiten selbst nirgendwo zu Wort kommen läßt, daß sie das handfeste Interesse der meisten Deutschen am status quo ebenso ignoriert wie die Tradition des Rassismus in Deutschland, diese Wissenschaft hat nicht das mindeste Interesse daran, den eigenen Rassimus etwa an den Hochschulen abzubauen, indem sie ihre Publikationen auf Ethnozentrismus und Rassismus befragt oder beispielsweise die Beschränkungen für nicht-deutsche Studierende aufhebt oder gar sich darum bemüht, Angehörige ethnischer Minderheiten als Lehrende an die Hochschulen zu holen.

Der Blick von der 'anderen Seite' scheint den Experten für Rechtsextremismus nicht interessant und keineswegs notwendig zu sein, um Wissenschaft betreiben zu können. Wie sollten sie also z.B. Jugendlichen empfehlen können, anständig mit Minderheiten umzugehen? Das ist aber, wie wir sahen, auch gar nicht ihr Anliegen.

Anmerkungen:

1 Wilhelm Heitmeyer: Wenn der Alltag fremd wird. Modernisierungsschock und Fremdenfeindlichkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/91, S. 851-858.
2 Hajo Funke: Republikaner. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn, Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, 1989.
3 Herta Däubler-Gmelin und Kerstin Kießler: Die Rechtsaußen-Parteien und die Frauen. Warum die Republikaner eine Männerpartei sind, in: Konservative und Rechtsextremismus, München, Seeliger, 1989.
4 Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung politischer Sozialisation, München, Juventa, 1989.
5 J. Held, H. Horn, R. Leiprecht, A. Markavic: Du mußt handeln, daß du Gewinn machst... Empirische Untersuchung und theoretische Überlegungen zu politischen Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, I.f. Erz.wiss., Universität Tübingen, 1991.
6 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt, Suhrkamp, 1986.
7 Birgit Rommelspacher: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: 1999, Z.f. Soz.gesch. des 20. u. 21. Jhds., Heft 2/1991, S. 75-87.

von Birgit Rommelspacher

Dieser Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung der Autorin und unter Änderung des Titels aus der Konkret 9/91 übernommen.

"FAHRT MAL WIEDER S-BAHN"

S-BAHN AKTIONEN GEGEN RASSISTISCHE GEWALT

Wenn ImmigrantInnen, Flüchtling und Schwarze Deutsche von ihren Erfahrungen mit rassistischer Gewalt berichten, ist eines immer ganz deutlich: mit Hilfe oder gar Schutz durch Zeug/inn/en des Geschehens können sie nicht rechnen.
In den Schilderungen der Betroffenen wurde immer wieder betont, daß es als besonders erschreckend empfunden wurde, daß die anwesenden "unbeteiligten" Deutschen sich nicht einmischen und lieber wegsehen. Bei vielen rassistisch motivierten handgreiflichen und verbalen Attacken hätte eine Eskalation verhindert werden können, wenn die AngreiferInnen sich nicht sicher gewesen wären, daß ihre Angriffe nicht tatenlos hingenommen würden. Oft beginnen die Attacken verbal. Würden schon an diesem Punkt von den Umstehenden Zeichen gesetzt, daß die Pöbeleien nicht geduldet würden, wären mit Sicherheit manche Verletzungen, vielleicht auch schon Tote verhindert worden.

Die Vielfalt der Völker erhalten

AUSLÄNDERSTOPP

Junge Nationaldemokraten

Postfach 1431, 2160 Stade

Neonazistischer Aufkleber - entfernt bei einer S-Bahn-Aktion

Ein beliebter Tatort der rechten Schlägerbanden sind die öffentlichen Verkehrsmittel. Deshalb sind die für viele Angehörige ethnischer und anderer Minderheiten mittlerweile Orte des Schreckens, die möglichst zu umgehen sind. Öffentliche Verkehrsmittel sind aber auch Orte, in denen viele Leute erreicht werden können. Denn wir gehen immer noch davon aus, daß nicht alle weißen deutschen Fahrgäste mit dem Terror von rechts einverstanden sind und sich deswegen nicht dagegen wehren.

Diese Tatsache hat viele antirassistische und antifaschistische Gruppen veranlaßt, ausgestattet mit Flugblättern, regelmäßig in den öffentlichen Verkehrsmitteln die Mitfahrenden zu aktiven Einschreiten zu bewegen. Diese Aktionen sind darauf ausgerichtet, Fahrgäste auf ihre Verantwortung hinzuweisen und Möglichkeiten der Gegenwehr zu propagieren. Nebenbei werden dann auch gleich faschistische und rassisitische Schmierereien und Aufkleber entfernt oder unkenntlich gemacht.

In den meisten Gesprächen mit Fahrgästen wurden die Aktionen begrüßt, viele waren offensichtlich froh, einmal über ihre U- und S-Bahnerlebnisse reden zu können und vor allem auch froh darüber, daß ihnen einmal nicht nur Lähmung, Passivität und Hilflosigkeit angeboten wird. Wir gehen davon aus, daß diese Aktionen einerseits die Sensibilität für die Gewaltsituationen erhöhen und anderseits ermutigen, sich den Situationen zu stellen. Nicht "nur" um sich schützend vor Angegriffene zu stellen, sondern auch um in dieser Situation die eigenen Würde zu behalten.

Die InhaberInnen des staatlichen Gewaltmonopols sehen diese Aktionen offenbar nicht so positiv. Wie überall wo Menschen sich aktiv gegen rechten Terror zu Wehr setzen, werden auch hier Versuche unternommen, die Aktionen zu verhindern und die Leute zu kriminalisieren. Es ist offenlichtlich kein Problem, daß ein paar Faschos z.B. den Bahnhof Lichtenberg beherrschen. Polizei und Bundesgrenzschutz sitzen dort gut gesichert hinter Stahltüren und "trauen" sich nicht, diese Herrschaft anzugreifen. So oder ähnlich sieht es bei fast allen Angriffen der rechten Schlägertrupps aus. Entweder die Polizei kommt viel zu spät oder sie steht tatenlos daneben. Im Zweifelsfall wendet sie sich gegen die Betroffenen und gegen die, die sich den Terror nicht weiter gefallen lassen wollen. Wir dürfen nicht zulassen, daß es Räume gibt, in denen sich Faschos, Skins usw. keinerlei Gegenwehr gegenüber sehen.

Antirassistische Initiative e.V.

Schaut nicht zu! · Greift ein! · Schaut hin! · Greift ein!

Liebe Benutzerinnen öffentlicher Verkehrsmittel
Lieber Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel

U- und S-Bahnen sind Tatorte von rassistischer Gewalt. Diese Gewalt richtet sich gegen Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Sprache beschimpft und angegriffen werden.
Ein Ziel dieser Gewaltaktionen ist die massive Einschüchterung dieser Menschen, die zur Einschränkung ihrer alltäglichen Bewegungsfreiheit führt. Aus Angst wagen sich viele von ihnen nicht mehr auf die Staße oder in öffentliche Vekehrsmittel. Aber auch Angriffe gegen Frauen, Linke, Lesben und Schwule nehmen zu.

In der jüngst vom Innensenat gestarteten Kampagne "Berlin gegen Gewalt" werden die Angegriffenen nicht benannt. Verschwiegen wird, daß v.a. EinwanderInnen, Flüchlinge, Schwarze Deutsche - also Deutsche, die aufgrund ihrer Hautfarbe rassistischer Gewalt ausgesetzt sind - angegriffen werden.

Bei fast allen Angriffen in S- und U-Bahnen gibt es Mitfahrerinnen und Mitfahrer, die teilnahmslos zusehen oder einfach wegschauen. Dieses Verhalten trägt mit dazu bei, daß die Angreiferinnen und Angreifer sich in Sicherheit wiegen und davon ausgehen können, daß die Gewalttaten mit Zustimmung eines Großteils der Anwesenden geschehen. Wir alle tragen die Verantwortung dafür. Auch rassistische Beschimpfungen sind Gewalt, gegen die massiv protestiert werden muß! Solange wir uns nicht dazu verhalten, sind wir Mittäterinnen und Mittäter.

In den meisten Fällen ist es möglich, einzuschreiten. Das Einschreiten der Mitfahrerinnen und Mitfahrer bedeutet oft die einzige Möglichkeit des Schutzes für die Angegriffenen. Das Einschreiten bei rassistischen Pöbeleien kann tätliche Angriffe verhindern. Erfahrungen solcher Übergriffe beweisen, daß sich die Angreiferinnen und Angreifer oftmals zurückziehen, wenn Mitfahrende sich einmischen !!!

- **Nehmen Sie Kontakt zu anderen Mitfahrenden auf, durch Blickkontakt läßt sich meist sehr schnell feststellen, wer außer Ihnen auch nicht mit dem Treiben der Angreifer und Angreiferinnen einverstanden ist.**

- **Geben Sie lautstark und tatkräftig zum Ausdruck, daß Sie nicht einverstanden sind.**

- **In einigen Fällen kann es sinnvoll sein, die Notbremse zu ziehen. Die U-Bahn hält dann im nächsten Bahnhof. Die S-Bahn hält sofort auf der Strecke.**

- **Gehen Sie nicht weg, bevor klar ist, was mit den Angegriffenen und AngreiferInnen weiter passiert. Halten Sie Kontakt zu den Angegriffenen.**

Wir tragen alle Mitverantwortung für den Zustand dieser Gesellschaft. Wir dürfen den gewalttätigen Terror von rechts nicht tatenlos hinnehmen und müssen verhindern, daß er wieder gesellschaftsfähig wird.

Melden Sie Übergriffe beim **Antirassistisches Telefon: W - 861 94 22**
Montag von 17.30 - 20.30 und Freitag von 14.30 - 17.30 Uhr
oder beim Antifa-Telefon: W - 692 15 99
Samstags von 16.00 - 20.00 Uhr

V.I.S.d.P.: K. Peters, Krauseufer 9, 1000 Berlin 30

POLITSEKTEN IM AUFWIND

Nach dem Zusammenbruch der realexistierenden sozialistischen Staaten sind diese zum Tummelplatz für verschiedene reaktionäre Politsekten und Parteien geworden.
Eine davon ist die international agierende und streng organisierte Gruppe, die vom US-Faschisten Lydon LaRouche geführt wird. Sie tritt seit zwei Jahren wieder vermehrt in der Öffentlichkeit auf, mal als *Schillerinstitut*, mal als *Patrioten für Deutschland* oder als *Europäische Arbeiter Partei (EAP)*. Die Gruppe unterhält einen eigenen Nachrichtendienst *(Executive Intelligence Review EIR)* und hat diverse Unterorganisationen wie den *Club of Life*, das *Fusionsenergieforum*, die *Anti-Drogen Koalition* und die *private Akademie für humanistische Studien*. Als Sprachrohr aller LaRouche Organisationen dient die Wochenzeitung "*Neue Solidarität*", deren deutsche Ausgabe von der Wiesbadener LaRouche Zentrale herausgegeben wird.

Mit einer Mischung aus Halbwahrheiten, wirren Wirtschaftswunderkonzepten und Technologiegläubigkeit werben sie um neues Klientel. Besonders im zerfallenden Ostblock scheinen ihre Chancen nicht schlecht zu stehen. Die Vorstellung "vom Sozialismus verraten und vom Kapitalismus ein zweites Mal betrogen" worden zu sein, die schlechte wirtschaftliche Situation macht die Menschen anfällig für die einfachen Lösungsmuster der LaRouchies. Die von ihnen behauptete gleiche Distanz zu Kapitalismus und Sozialismus erhöht ihre Chance. Dies scheint die Lektüre der *Neuen Solidarität* zu bestätigen. In den Ausgaben der letzten drei Monate kamen vermehrt Parlamentsabgeordnete aus den baltischen Staaten, Armenien und der Ukraine oder aus Kroatien zu Wort, die sich positiv über das von LaRouche propagierte "Wirtschaftskonzept des produktiven Dreiecks Paris Berlin Wien als Lokomotive des Weltwirtschaftsaufschwungs" äußern. In den Artikeln zu den sich auflösenden Ostblockstaaten fällt auf, das sich die LaRouchies auf den neurechten Entwurf eines "Europas der selbstbestimmten Völker" beziehen, das natürlich von der Achse Paris Berlin Wien wirtschaftlich und politisch beherrscht werden soll.

Neben dem Abfeiern ihrer Agitationerfolge (Berichte über ihre Veranstaltungen, Seminare etc.) durchzieht die Artikel ein knallharter Antikommunismus (so wird die jugoslawische Regierung als "mörderische Clique serbischer Kommunisten" bezeichnet NS 11.9.91) und eine antisemitische Hetze, die teilweise subtil ohne konkret JüdInnen zu bezeichnen, mit Bildern wie "angloamerikanisches Establishment" operiert, so antisemitische Ressentiments bedient und offensichtlich Assoziationen mit der "jüdischen Weltverschwörung" hervorrufen soll. Hinzu kommen offen antisemitische Ausfälle, wie die Hetze gegen "die Kissinger und Eagleburger Konnektion", die an allem Schuld sein soll, ob es das "wirtschaftliche Ausbluten Jugoslawiens" ist, so die Gründerin des Schillerinstituts Helga Zepp-LaRouche auf einem Seminar am 25.6.91 in Wien, oder der "liberalistische Extremismus des Internationalen Währungsfond (IWF)" (NS 7.8.91) ist.

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Propaganda ist die Person LaRouche selbst. Der erklärte Faschist LaRouche sitzt zur Zeit in den USA im Knast. Nicht wegen seiner rassistischen Hetze, sondern ganz banal wegen diverser Finanz- und Steuerdelikte seiner Organisationen. Im Januar 1989 wurde er zu 15 Jahren Haft verurteilt. Für seine Anhänger ist dies ein Grund, ihn bei allen Gelegenheiten als "politischen Gefangenen der Regierung Bush" zu bezeichnen und eine Kampagne für seine Freilassung zu organisieren. So kann mensch in jeder Ausgabe der *Neuen Solidarität* eine Resolution für die "Freiheit und die Präsidentschaftskanidatur des amerikanischen Dissidenten LaRouche" unterstützen.

Um interessierte Menschen anzuwerben gehen die LaRouchies folgendermaßen vor:
An Infoständen in Einkaufstraßen oder gezielt an Universitäten verteilen sie Flugblätter, auf denen sie für sich werben und zu Unterschriftenaktionen,wie die eben erwähnte,aufrufen, die dann an das Schillerinstitut geschickt werden sollen.Interessierte werden dann zu Veranstaltungen eingeladen. Eine dieser Veranstaltungen fand vom 1.-3.März in Berlin-Heiligensee unter dem Titel "gesamteuropäische Konferenz - Frieden für Entwicklung" statt.

Während des Golfkrieges versuchten die LaRouchies direkt in der Friedensbewegung zu agieren. Dies gelang ihnen regional unterschiedlich. In München wurden sie von Antifas auf einer Demo erkannt und herausgedrängt, in Berlin scheiterte ihr Versuch, über das AusländerInnenreferat der FU an Veranstaltungen gegen den Golfkrieg teilnehmen zu können. Dagegen waren sie in anderen Städten erfolgreicher, in Bonn konnten sie wochenlang eine Mahnwache an der Bannmeile abhalten, in Wiesbaden konnten sie auf einer Podiumsdiskussion verschiedener Parteien weiterreden, obwohl sie enttarnt worden waren. Nach ihren Angaben konnten RednerInnen von ihnen als VertreterInnen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in Leipzig und Erfurt auf Kundgebungen Redebeiträge halten.

Es war für solche neofaschistischen Gruppierungen relativ einfach, in der Friedensbewegung mitzuschwimmen, da es die Linke versäumt hat, innerhalb der vielschichtigen und uneindeutigen Friedensbewegung eine klare politische Zielsetzung zu entwickeln, die diesen neofaschistischen Gruppen Ansatzpunkte für ihre Politik unmöglich macht. Machen wir ihnen zukünftig das Leben schwerer.

Quellen:
"Deckname Schiller",Lorscheid/Müller, Rowohlt-Taschenbuch 5916
ak (Zeitung des KB) Nr.330, s.20

Antifa-Infotelefon

DEUTSCHER FEIERTAG

Kurzer Bericht zum 3. 10. in Leipzig

Unter Beteiligung von zu Beginn etwa 1000 Menschen fand in Leipzig eine antirassistische Demonstration statt. Die TeilnehmerInnen wurden am Anfang der Demo von behelmten BGSlern durchsucht, was auf die meist Ostdeutschen DemonstrantInnen eine sehr einschüchternde Wirkung hatte. So zog die Demo denn auch schweigend, weiterhin von BGSlern "begleitet", ein kleines Stück durch die Innenstadt, die wegen einer "Festtagskundgebung" mit Oskar Lafontaine ansonsten umgangen werden mußte.Der Abschluß der Demo sollte vor einem Flüchtlingswohnheim im Leipziger Außenbezirk Grünau stattfinden. Am Tag zuvor hatte ein Leipziger Neonaziführer im Deutschlandfunk den Angriff auf dieses Heim angekündigt.

Während des Demonstrationsweges reduzierte sich die Zahl der DemonstrantInnen um die Hälfte. Das Eintreffen der Demo wurde von den HeimbewohnerInnen winkend begrüßt. Sprechchöre aus der Demo heraus wurden wegen des "ordentlichen Eindrucks," den die Flüchtlinge von der Demo haben sollten, von der Demoleitung untersagt!?

Da dazu aufgerufen worden war, das Heim auch in der Nacht vor Angriffen zu schützen, versuchten einige DemonstrantInnen Kontakt zu den BewohnerInnen aufzunehmen. Auch dies wurde mit der Begründung, die Flüchtlinge hätten um 18 Uhr im Haus zu sein, untersagt. So bröckelte die Demo so nach und nach auseinander. Teils um "eigene Objekte" zu schützen, teils um die erfolgreiche Demo zu feiern. Nur ca. 20 junge Leute blieben zurück.

Gegen 21 Uhr waren vor dem Heim etwa 20 BGSler und 30 Ostpolizisten mit Hunden postiert. Kurz darauf begannen die Ostpolizisten mit der Durchsuchung und Personalienfeststellung der Antifas. Beschlagnahmt wurden: eine Reizgasflasche, eine Gaspistole und eine kleinere Anzahl Stöcke. Mehrere Ostpolizisten machten Einzelaufnahmen von den Leuten und transportierten sie einzeln oder zu dritt in bereitstehenden Zellenfahrzeugen ab. Zur "Bewachung"stiegen jeweils noch zwei bis drei Polizisten mit Hunden ein. Als Festnahmegrund wurde Waffenbesitz angegeben.

Die ganze Szene wurde aus allernächster Nähe von 6 Nazi-Skins (deutlich erkennbar durch Hakenkreuzaufnäher am Ärmel) beobachtet. Die Skins wurden von der Polizei nicht behelligt. Am Rande des Geschehens hatten sich auch einige AnwohnerInnen aus Grünau eingefunden. Bemerkenswerterweise kam es aus ihren Reihen nicht zu rassistischen Sprüchen. Eine Frau berichtete sichtlich aufgeregt, daß tags zuvor eine größere Zusammenrottung von Skins vor den Augen der anwesenden Polizei Flüchtlinge und andere AnwohnerInnen angepöbelt und bedroht hätten. Nach dem Abtransport der jungen Antifas zog sich der BGS zurück, vor Ort blieben einige schlecht ausgerüstete Polizisten zurück.

Antifa-Infotelefon



EUROPA SCHLIEẞT DIE PFORTEN

NEUE GESETZE GEGEN FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTINNEN

Mit dem neuen "Ausländergesetz", das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat, wurde ein weiterer Schritt getan, um das Leben der Flüchtlinge und ImmigrantInnen in der BRD zu erschweren, einzuschränken und zu gefährden. Auf die gesamten Auswirkungen soll und kann hier nicht eingegangen werden, vieles wird sich auch erst in der Zukunft zeigen.

Für viele bedeutet dieses Gesetz eine konkrete Lebensbedrohung. am 1. Juli 1991 wurden im Rahmen dieses Gesetzes alle vorhandenen Abschiebestops aufgehoben und Zehntausenden von Flüchtlingen, die bisher in der BRD "geduldet" wurden, drohte ab sofort die Abschiebung. Das, obwohl die Situation in den jeweiligen Herkunftsländern sich nicht wesentlich verändert hatte. Am 15. Juli 1991 folgte nach einer Innenministerkonferenz eine interne Weisung, wonach die von der Abschiebung bedrohten Flüchtlinge wieder in Gruppen gespalten wurden, d.h., daß für die unter-schiedlichen Nationalitäten verschiedene Regelungen getroffen wurden. So wurde z.B. für Flüchtlinge aus Afghanistan, für Kurden aus dem Irak und für Tamilen aus Sri Lanka eine Verlängerung des Abschiebestops bis Ende diesen Jahres beschlossen. Für Flüchtlinge aus Äthiopien, Sudan, Ahamadis aus Pakistan, Christen und Yeziden aus der Türkei wurde jedoch keine Verlängerung des Abschiebestops als erforderlich angesehen. Die Lage in diesen Ländern hätte sich ja so verbessert, daß eine Gefahr für die jeweiligen Bevölkerungsgruppen nicht mehr bestände. So wird für den Libanon behauptet, daß sich die Lage dort verändert habe: Für die deutsche Botschaft jedoch ist es nocht nicht friedlich genug, da diese sich immer noch in Damaskus und nicht in Beirut befindet.

Die Situatuion für die betroffenen Flüchtlinge ist weiterhin sehr unsicher. Nach dem 1. Juli waren alle gleich betroffen und es fanden mehrere Treffen unter den verschiedenen Nationalitäten statt. Die sich hinziehende unsichere Situation und das willkürliche Vorgehen der Ausländerbullen bei der Verlängerung einer Duldung verunsicherte viele, gab aber auch einigen Hoffnung auf eine für sie positive individuelle Lösung. Viele Flüchtlinge haben die Ankündigung einer Ausreiseaufforderung erhalten, einige sogar die Ausreiseaufforderung selbst.

Wie es mit dieser Weisung und den Abschiebungen in der Zukunft aussehen wird, bleibt noch abzuwarten, was aber nicht heißt, nichts dagegen zu unternehmen.

Schon vor dem 1. Juli wurden Aktionen gegen die befürchteten Massenabschiebungen organisiert. So z.B. eine Demonstration und eine Veranstaltung, woran sich viele Flüchtlinge und ImmigrantInnen beteiligten.

Während einerseits die Vorbereitungen gegen die zu erwartenden Massenabschiebungen begannen, wurde andererseits durch die zunehmenden rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge deutlich, daß sie bereits hier in einer lebensbedrohenden Situation leben. Gleichzeitig führt die Angst von Flüchtlingen vor einer Verteilung vor allem in die Ex-DDR auch dazu, daß diese verdeckt abgeschoben werden können. So haben z. B. Flüchtlinge ihre "freiwillige Rückkehr" unterschrieben, um nicht in die Ex-DDR verteilt zu werden. Wir haben auch schon öfter von Flüchtlingen, die in der EX-DDR von Nazibanden angegriffen wurden, gehört, daß sie lieber in ihr Herkunftsland zurückgeghen wollen, als sich hier weiter dem rassistischen Terror auszusetzen. Sie wählen diesen Weg nicht, weil sie hier keine Asylgründe haben, sondern ziehen die Verfolgung in ihrem Land den hiesigen Verhältnissen vor.

Auch wenn jetzt einige Politiker Krokodilstränen wegen der rassistischen Angriffe heulen, sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der staatliche Rassismus ist, der Angriffe von faschistischen Horden überhaupt erst möglich macht.
Schon seit langem wird in diesem Land eine Atmosphäre

Europa schließt die Pforten

Die zwei Seiten der Freizügigkeit

geschaffen, in der die Flüchtlinge und ImmigrantInnen zu Sündenböcken erklärt werden, in der über die Medien verbreitet wird, daß hier "zu viele Flüchtlinge sind", um im Parlament die Debatte zur Änderung des Asylrechts führen zu können.

Nazibanden und die bei Angriffen zustimmenden oder wegschauenden Teile der Bevölkerung erhalten dadurch eine zusätzliche Legitimation für ihr barbarisches Handeln gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen.

Das Asylrecht ist in der BRD schon seit langem ein Recht, das mehr auf dem Papier steht, als daß es in Wirklichkeit existiert. Laut Grundsatzurteilen sind Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg, Folter und sexistischer Unterdrückung schon lange keine Asylgründe. Daraus erklärt sich unter anderem auch die niedrige Anerkennungsquote als Asylberechtigte.

Jetzt soll das Asylrecht noch weiter eingeschränkt werden, so daß es in Zukunft wahrscheinlich gar keine Asylberechtigte mehr geben wird. Der Streit zwischen CDU/FDP und SPD ist dabei nur ein Scheingefecht.

Die CDU/CSU will das Recht auf Asyl aus dem Grundgesetz nehmen, Länderlisten mit Ländern "in denen es keine Verfolgung gibt" und die bisherige Zurückschiebepraxis gesetzlich verankern. Die SPD will ebenfalls Schnellrichter an den Grenzen einsetzen. Unter dem Stichwort "Beschleunigung des Asylverfahrens" will die SPD Asylanträge innerhalb von 6 Wochen abschließend entscheiden lassen. Das bedeutet z.B., daß eingereichte Unterlagen, die die politische Verfolgung beweisen, wie Gerichtsbeschlüsse weder übersetzt noch gelesen werden können.

Weiterhin sollen Flüchtlinge für die Zeit des Asylverfahrens in großen Sammellagern untergebracht werden. Die Unterkünfte werden immer mehr zu scharf bewachten Lagern umgebaut werden, angeblich zum Schutz vor rassistischen Überfällen.

Trotz diverser Unterschiede gibt es also "erstaunliche" Parallelen zwischen den Parteien und dem Nazi-Mob. Gegen diese Politik muß die Solidarität mit den Flüchtlingen und ImmigrantInnen wachsen - niemand kann sagen, sie/er habe nichts gewußt oder nichts damit zu tun.

Asyl e .V.



An alle Fluggäste!!!

Sie steigen in ein Flugzeug - Urlaubsreise, dringende Geschäfte - und unter den Passagieren sitzen vielleicht unfreiwillige Mitreisende.

Am 1.Juli 91 wurde aufgrund des neuen "Ausländergesetzes" der Abschiebestop für alle Flüchtlinge aus dem Libanon, Iran, Irak, Palästina, Somalia und Äthiopien aufgehoben. Für Flüchtlinge aus Kurdistan besteht ein Abschiebestop befristet bis Ende Oktober und für Flüchtlinge aus Afghanistan und TamilInnen aus Sri Lanka befristet bis Ende Dezember.
Diese Länder wurden bisher vom Berliner Innensenat als sog. Kriegs- und Krisenregionen eingestuft, den Flüchtlingen wurde aus "humanitären" Gründen eine Duldung ausgesprochen. Obwohl sich an der Situation in den Ländern nichts geändert hat, sollen die Flüchtlinge abgeschoben werden, ihnen droht Hunger, Verfolgung, Folter und Tod.
Allein in Berlin sind 8.000 Menschen von dieser Situation bedroht.

Einige Abschiebungen konnten in der letzten Zeit verhindert werden, da auf dem Flughafen das Flugpersonal den Start aus Sicherheitsbedenken ablehnte. Sicherheitsbedenken entstehen, wenn Passagiere, die eine Abschiebung beobachten

- **das Flugpersonal und die umstehenden Reisenden auf die Abschiebung aufmerksam machen**
- **lauthals gegen die drohende Verschleppung protestieren**
- **das Flugpersonal am Abfertigungsschalter in Diskussionen verwickeln**

oder wenn Sie sich bereits im Flugzeug befinden

- **sich im Flugzeug nicht hinsetzen, sondern im Gang stehenbleiben**
- **sich weigern, sich anzuschnallen**
- **etc.**

Achten Sie darauf, daß die Flüchtlinge unter Umständen durch Beruhigungsmittel, die ihnen vor der Abschiebung verabreicht wurden, ruhiggestellt sind und sie sich deshalb, auch aufgrund von Drohungen nicht gegen ihre Abschiebung zur Wehr setzen.

[illegible] der Aufhebung der Duldung von Flüchtlingen werden jetzt Länder im Bürgerkrieg wie z.B. Sri Lanka per Verwaltungserlaß zu friedlichen Regionen erklärt. Über willkürlich festgesetzte Kriterien - wie z.B. [illegible] Einreise [illegible] einzelnen Menschen der verschiedenen Länder - wird über ihr Existenzrecht verfügt.
[illegible] Herkunftsland berechtigt künftig nicht zum Aufenthalt in der Bundesrepublik, obwohl diese für [illegible]ngsbewegungen mitverantwortlich ist, indem sie repressive Regime direkt unterstützt und die [illegible] der sogenannten "Dritten Welt" wirtschaftlich ausbeutet.

Die [illegible]republik macht ihre Grenzen dicht.
[illegible] und Aufenthaltsbedingungen werden weiter verschärft.
Der aufgehobene Abschiebestop, der den Flüchtlingen ihre Existenz entzieht, ist Teil einer rassistischen Politik, mit der die Flüchtlinge täglich konfrontiert sind: durch die alltägliche Diskriminierung, bei Angriffen auf der Straße, in [illegible] und S-Bahnen, durch den staatlichen Rassismus in Form des "Ausländergesetzes".

Denken sie bei aller Vorfreude auf ihre Reise nicht nur an Sonne und Palmen! Öffnen sie die Augen und schauen Sie bei Abschiebungen nicht weg, sondern greifen Sie ein!

Keine Abschiebung von Flüchtlingen!
Aufhebung des Visumzwangs!
Offene Grenzen - Bleiberecht für ALLE!!!

V.i.S.d.P.: Aktionsbündnis gegen Abschiebungen, c/o BAZ, Oranienstr. 159, 1, 61

AYHAN ÖZTÜRK
FREISPRUCH FÜR NOTWEHR!

Dieser Freispruch ist ein Wunder und gleichzeitig eine Freude für alle, die wissen, was es heißt, mit einer lebensbedrohlichen Situation konfrontiert zu sein, die Ayhan und seine FreundInnen am 16. November 1990 erlebt haben, als mit der S-Bahn in Ostberlin am späten Abend unterwegs waren. Sie wurden von einer zahlenmäßig überlegenen Horde von Neonazis beschimpft, beleidigt, geschlagen und mit Waffen bedroht. "Deutschland den Deutschen", "Ausländer raus" dröhnte es in ihren Ohren: Geschrei des Hasses und der Bereitschaft, alles Fremde zu liquidieren.
Der Fall von Ayhan ist kein Einzelfall, sondern ein Glied in der Kette der rassistischen Gewalt gegen alle ImmigrantInnen und Flüchtlinge, die vor allem seit der deutsch-deutschen Vereinigung gestiegen ist. In der ersten Phase der Vereinigungseuphorie hieß es gleich "wir sind ein Volk", d.h. "AusländerInnen" wurden gleich ausgegrenzt. "Die Mauer fiel auf unsere Köpfe" war der erste Ausdruck vieler ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Das rassistische Ausländergesetz schrieb die Entrechtung und Ausgrenzung weiter fest.
Seit Mitte dieses Jahres wird eine Flüchtlinge kriminalisierende Diskussion geführt, die einseitig die Medien beherrscht. Es ist kein Wunder, daß nach den Worten der Politiker: "Asylrecht wird mißbraucht", "das Boot ist voll"...
Taten der Neonazis folgen.
Ayhan hat seine Situation sehr gut gemeistert, in dem er sich zur Wehr gesetzt hat.
In Berlin gab (und gibt) es viele Angriffe aus rassistischen Motiven. Viele wurden verletzt, einige umgebracht. Ufuk Sahin und Mahmud Azhar sind nur zwei Beispiele.
Ayhan als politisch unorganisierter Mensch, der einfach überfallen wurde nur weil er nicht deutsch aussieht, hat den Spieß umgedreht.
Wir hoffen, daß künftig alle Gerichte bei ähnlichen Fällen dem Beispiel dieses Urteilsspruches folgen.

Aber wir können uns nicht allein auf Gerichte verlassen. Es kommt darauf an, die Ursachen des Rassismus zu bekämpfen und ihm den Boden zu entziehen. Gleichzeitig ist eine praktische Selbstverteidigung mit deutschen Antifaschisten zu organisieren.

ADA

ANTIFA-AKTIONSWOCHE IN SPANDAU

Vom 24.8.-31.8. fand in Spandau eine Antifa-Aktions-Woche statt. Wir wollten damit den Menschen im Bezirk die Möglichkeit geben, sich zu informieren und mit uns ins Gespräch zu kommen; konnten wir bei den Infotischen in der Altstadt noch Interesse feststellen, so kamen doch kaum neue Menschen zum Antifa-Plenum.
Am 24.8. begann die Aktionswoche mit einem Fest im Koeltzepark. Mit Essen, Getränken, Live-Musik und Infoständen wurde für alle etwas geboten - besondere beliebt war der Kinderstand.
Allerdings blieb die Zahl der BesucherInnen (etwa 500) leider weit unter unseren Erwartungen trotzdem gab es bei den Veranstaltungen oft lange und interessante Diskussionen. Großes Interesse fand auch der Büchertisch und eine Ausstellung von Nürnberger Antifagruppen über *militante Faschisten* .
Am Sonntag veranstalteten wir eine Fahrraddemo durch die Spandauer Alt- und Neustadt zu historischen Orten des Widerstands und der Repression, zu Stätten der Revolution 1918, der Novemberpogrome, sparten aber auch aktuelle Bezüge zur Situation von Flüchtlingen, zu Hausbesetzungen und Sexismus nicht aus.
Am Samstag sollte die Aktionswoche mit einem Konzert abgeschlossen werden. Trotz der hervorragenden Bands kam kaum Publikum. Ob die 8 Mark Eintritt für fünf Bands wirklich abschreckend war wird wohl eine offene Frage bleiben. Die "sturmschäden" und "Evil Puppets" gaben trotzdem ihr Bestes, so daß es ein geniales Konzert gab.
Nachdem wir mit dem Aufräumen fertig waren, waren wir doch etwas gefrustet. Unser Ziel, die Menschen in Spandau zu erreichen, haben wir verfehlt; es kamen bei den folgenden Antifa-Plena auch keine neuen Gesichter. Besonders bei Jugendlichen scheint eine große Berührungsangst vorhanden zu sein, da keinE einzigeR von den vielen politischen Jugendgruppen und -zeitungen kam. Dafür kamen viele Menschen von außerhalb Berlins.
Finanziell war die Aktionswoche ein Flopp! Durch großzügigige Spenden (2000,- DM) von einer Jugendgruppe und einer Einzelperson konnten wir gerade mal alle Rechnungen bezahlen und sind selbst jetzt pleite. Die nächste Aktionswoche wird noch lange auf sich warten lassen.

Erreichen könnt ihr uns über:
Antifa Plenum
c/o Luthergemeinde
Schönwalderstr. 24
W-1000 Berlin 20

Der Bericht ist beim AntifFa-Info-Telefon zur Dokumentation eingegangen *(von der Redaktion gekürzt)*

GEGEN RASSISMUS UND FASCHISMUS

8. Presseerklärung der Koordination Berliner autonomer Flüchtlingsgruppen im Antirassistischen Zentrum an der TU, Mittwoch, 30.10.91

Seit einer Woche sind Räume des ASTA und Räume der Technischen Universität Berlin besetzt. In diesen Räumen arbeitet das Antirassistische Zentrum Berlin.
Das Zentrum erfüllt im Wesentlichen zwei Aufgaben :
Zum einen bietet es die Möglichkeit, die dringend notwendige Koordination der unterschiedlichen antirassistischen Initiativen auszubauen, die schon vorhandenen Ansätze zu bündeln und den Widerstand gegen die rassistische Asylpolitik zu forcieren.
Hier wird Flüchtlingen Raum geboten, um sich selbst zu organisieren, Erfahrungen auszutauschen und mit ihren Erfahrungen und Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten.
Es muß Schluß sein mit der Situation, daß über Flüchtlinge geredet wird. Die Flüchtlinge können und wollen für sich selber reden, und es liegt an der Öffentlichkeit, Einschätzungen und Forderungen der Flüchtlinge endlich zur Kenntnis zu nehmen und zu unterstützen.

Zum anderen bietet das Antirassistische Zentrum den Flüchtlingen, die sich entgegen der behördlichen Weisungen entschieden haben , in Berlin zu bleiben oder vor rassistischer und faschistischer Gewalt hierher fliehen, vorübergehend eine sichere Unterbringung.
Flüchtlinge, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, sind nach in der BRD geltendem Unrecht gezwungen, sich in einem von der Ausländerbehörde zugewiesenen Landkreis aufzuhalten. Dem wiedersetzen sich, z.B. aus Angst vor rassistischen Angriffen, immer mehr Menschen. Flüchtlinge, die an einem Ort ihrer Wahl leben wollen, verlieren ihr Recht auf staatliche Mindestversorgung.
Wir fordern das Recht aller auf freie Wahl des Aufenthaltsortes und wehren uns gegen die Verschleppung von Menschen, wie es z.B. am Waterloo-Ufer geschieht.

Inzwischen haben über 20 Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern im Antirassistischen Zentrum Zuflucht gesucht. Ihre Versorgung wird durch die Unterstützung zahlreicher Berliner Kollektive, Gruppen und Einzelpersonen gewährleistet. Dazu gehört u.a. regelmäßiger kostenloser Sprachunterricht für alle Flüchtlinge. Trotz mehrfacher Anfragen an caritative Verbände, wie Arbeiterwohlfahrt, DRK u.a., wird von diesen Organisationen weder materielle noch politische Unterstützung gewährt. Die einzige Ausnahme bildet hierbei das Studentenwerk, das die Flüchtlinge täglich mit einer warmen Mahlzeit versorgt.
Wir fordern gesellschaftliche und öffentliche Institutionen wie Kirchen, Universitäten, Gewerkschaften u.a. auf, selbst Räume für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, statt sich mit verbaler Entrüstung zu begnügen.

Unsere Absicht ist nicht, mit der Schaffung des Antirassistischen Zentrums den Staat aus seiner Versorgungs- und Unterbringungspflicht zu entlassen, sondern im Gegenteil gerade diese Pflicht von ihm einzufordern.
Die Situation für alle Flüchtlinge kann sich nur dann ändern, wenn die Forderungen nach Bleiberecht und menschenwürdiger Unterbringung für alle Flüchtlinge, nach freier Wahl ihres Aufenthaltortes sowie dem sofortigen Ende der Zwangsverteilung und Abschie[illegible]en erfüllt werden.

Das Antirassistische Zentrum fordert das TU-Präsidium - wie auch alle anderen gesellschaftlichen Institutionen - dazu auf, die Forderungen der Flüchtlinge politisch zu unterstützen. Im Moment laufen Verhandlungen mit dem TU-Präsidium über die nächsten Schritte im Sinne einer aktiven Unterstützung der Flüchtlinge.

Teile der ProfessorInnenschaft sowie eine Vollversammlung der StudentInnen der TU haben sich mit den Forderungen der Besetzung solidarisiert. Desweiteren wird das Antirassistische Zentrum u.a. von folgenden Organisationen unterstützt: Medico International, SOS Rassismus, GEW Berlin, ÖTV-Betriebsgruppe der TU, AStA der TU und FU Berlin sowie AStA Frankfurt, Antirassistische Initiative, 25 HochschullehrerInnen der TU, Verband der deutschen Schriftsteller (Fachgruppe Literatur in der IG Medien), Asyl e.V., Kontakt- und Beratungsstelle für Außereuropäische Flüchtlinge (KUB), Autonome iranische Frauenbewegung im Ausland e.V. u.v.m. .

Das Antirassistische Zentrum fordert dazu auf, gegen Rassismus und Faschismus in verschiedenen Formen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen vorzugehen. Lippenbekenntnisse heuchlerischer Schreibtischtäter werden die rassistische und faschistische Mobilisierung nicht stoppen.

In dieser Stadt regt sich Widerstand: Die Verschleppung von Flüchtlingen in die ex-DDR wurde zum Teil verhindert, Kontakte zu Flüchtlingsheimen in Berlin und Brandenburg werden aufgebaut, überall organisieren sich antifaschistische und antirassitische Gruppen, die Flüchtlinge aus Hoyerswerda wurden in ihren Forderungen unterstützt und ihre Aufenthaltsgestattung in Berlin durchgesetzt. Wir finden es wichtig, einen Ort zu haben, an dem ein Austausch stattfinden kann und an dem die verschiedenen Ansätze und Aktionen gemeinsam sichtbar werden.

Das Antirassistische Zentrum ruft alle Menschen auf, sich an der Demonstration gegen die Konferenz der europäischen Innen- und Justizminister, auf der u.a. eine weitere Abschottung der "Festung Europa" organisiert und die rassistische Gewalt weitere staatliche Rückendeckung erhalten wird, massiv und lautstark zu beteiligen.

Wir fordern:

- **Bleiberecht und menschenwürdige Unterbringung für alle Flüchtlinge und ArbeitsimmigrantInnen!**
- **Freie Wahl des Aufenthaltsorts !**
- **Keine Abschiebungen !**
- **Keine Kasernierungen von Flüchtlingen !**
- **Sofortige Aufenthaltsgarantien für alle nach Berlin geflohenen Flüchtlinge !**
- **Sofortige Gewährung von Sozialhilfe für Alle !**

Kontaktadresse: Antirassistisches Zentrum c/o AStA-Villa, Marchstr. 6, 1 Berlin 10 Tel: 314 21 041 FAX: 312 13 98

BERATUNGSSTELLEN FÜR FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTiNNEN (eine Auswahl)

Amnesty International
Pacelliallee 61
1000 Berlin 33
Tel.: 8311046
Mo. und Do. 18-20 Uhr

Asyl e.V.
c/o Thomas Weißbecker-Haus
Wilhelmstr. 9
1000 Berlin 61
Tel.: 2512277
Mo. und Do. 16-20 Uhr, Mi. 10-13 Uhr

AWO-Flüchtlingsberatung
Eisenacher Str. 78
1000 Berlin 62
Tel.: 7827563
Mo. und Do. 14-16 Uhr, Mi. 11-14 Uhr

BAOBAB
Winsstr. 53
O-Berlin 1055, Prenzlauerberg

Kirchengemeinde zum Heiligen Kreuz
Beratungsstelle
Nostizstr. 6-7
1000 Berlin 61
Tel.: 6912007

KUB
Kontakt- und Beratungsstelle
für außereuropäische Flüchtlinge
Oranienstr. 159
1000 Berlin 61
Tel.: 6149400
Mo. 10-14 Uhr nur für Frauen
Mi. 10-18 Uhr, Do. und Fr. 10-14 Uhr

DAS "ZAG" KÖNNT IHR HIER UND DA UND DORT BEKOMMMEN

UND AUßERDEM IM:

BAOBAB, Winsstr. 53, O-Berlin 1055

Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, O-Berlin 1054

Antirassistisches Zentrum im AStA der TU, Marchstr. 6, 1/12

AStA der FU, Kiebitzweg 23, 1/33

Aurora, Knobelsdorffstr. 8, 1/19

Linde, Sophie-Charlotten-Str. 97, 1/19

Buchladen O21, Oranienstr. 21, 1/36

ADA, Reichenberger Str. 63 A, 1/36

Buchladen im BAZ, Oranienstr. [illegible], 1/36

Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 1/61

EX, Gneisenaustr. 2a, 1/6[illegible]

Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16, 1/65

